

# Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

## Statistische Monatshefte

Januar

Februar

März

April

**Mai**

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

# 1989

## Inhalt

---

<b>Europawahl und Kommunalwahlen in Btx</b>	99	Das Statistische Landesamt bietet zur Europawahl und zu den Kommunalwahlen am 18. Juni 1989 aktuelle Informationen im Bildschirmtextsystem an.
<b>Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte und Landkreise 1986</b>	104	In der regionalen Differenzierung werden Unterschiede in der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungskraft und in der Wirtschaftsstruktur zwischen den Verwaltungsbezirken sichtbar.
<b>Altersgliederung der Erwerbstätigen 1970 und 1987</b>	110	Der Beitrag informiert über die Altersstruktur der Erwerbstätigen. Es werden die Veränderungen seit 1970 und mögliche Konsequenzen erläutert.
<b>Der Mikrozensus – ein zentrales statistisches Instrument</b>	113	Der Mikrozensus ist eine Befragung der amtlichen Statistik, die jährlich als Stichprobe bei 1 % aller Haushalte durchgeführt wird. Der Beitrag beschreibt Aufgaben, rechtliche Grundlagen und Verfahren des Mikrozensus.
<b>Nichtwohnbau 1988</b>	119	Es wird über die Art der genehmigten Nichtwohnbauten sowie Nutzflächen und veranschlagte Kosten berichtet.
<b>Anhang</b>	33*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	39*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

---



### **Europawahl und Kommunalwahlen in Bildschirmtext**

Das Statistische Landesamt bietet zur Europawahl und zu den Kommunalwahlen am 18. Juni 1989 aktuelle Informationen im Bildschirmtextsystem an.

Die Einspeicherung in das System erfolgt unmittelbar nach Vorliegen der Ergebnisse beim Landeswahlleiter. Die Daten können bundesweit abgerufen werden. Sofern der Btx-Teilnehmer über einen Drucker verfügt, können die Ergebnisse auch ausgedruckt werden.

Veröffentlicht werden die Landesergebnisse (Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung, gültige Stimmen, Ergebnisse der Parteien, Sitze) für die Europawahl sowie für die Wahlen zu den Stadt-/Gemeinderäten, Kreistagen, Verbandsgemeinderäten und zum Bezirkstag der Pfalz.

Schwerpunkt des Wahlsonderdienstes des Statistischen Landesamtes sind die Regionalergebnisse: Die Europawahlen werden für die kreisfreien Städte, großen kreisangehörigen Städte und Landkreise angeboten, die Gemeinde-/Stadtratswahlen für die kreisfreien Städte, großen kreisangehörigen Städte und die übrigen verbandsfreien Gemeinden, die Kreistagswahlen für die Landkreise und die Wahlen zu den Verbandsgemeinderäten für die 163 Verbandsgemeinden des Landes.

Die Ergebnisse der Europawahl sind noch in der Wahnacht, die Ergebnisse aus den Kommunalwahlen wegen des langwierigen Auswertungssystems im Laufe der folgenden Woche zu erwarten. ge

Mehr über dieses Thema auf Seite 99

### **Im Wirtschaftswachstum vorn: Koblenz, Kaiserslautern und Ludwigshafen und die Landkreise Mayen-Koblenz, Donnersberg und Ludwigshafen**

Die Bruttowertschöpfung gilt als instruktiver Maßstab der wirtschaftlichen Leistungskraft von Regionen. In Rheinland-Pfalz verzeichneten insbesondere die Städte Koblenz, Kaiserslautern und Ludwigshafen sowie die Landkreise Mayen-Koblenz, Donnersbergkreis und Ludwigshafen im Zeitraum von 1980 bis 1986 mit Wachstumsraten von über 35 % eine weit überdurchschnittliche Entwicklung. Steigerungsraten unter 20 % und damit unter dem Landeswert von + 30 % verzeichneten die Städte Neustadt, Speyer und Zweibrücken sowie die Landkreise Bad Kreuznach, Cochem-Zell, Bitburg-Prüm, Trier-Saarburg, Germersheim, Kusel, Mainz-Bingen und Pirmasens.

Starke Unterschiede werden in der Wirtschaftsstruktur der einzelnen Verwaltungsbezirke offenbar. Das warenproduzierende Gewerbe, das fast überall ein bestimmendes Element in der Wirtschaftsentwicklung darstellt, trägt im Jahre 1986 in den Städten Frankenthal, Ludwigshafen und Worms sowie in den Landkreisen Altenkirchen, Neuwied und Donnersbergkreis mit über 50 % zur gesamten Bruttowertschöpfung bei. Mit einem Anteil von mehr als 35 % an der Bruttowertschöpfung spielen die Dienstleistungsunternehmen besonders in den Verwaltungsbezirken Mayen-Koblenz, Stadt Mainz und Ludwigshafen-Land eine wesentliche Rolle. sc

Mehr über dieses Thema auf Seite 104

### **Der Mikrozensus – ein zentrales statistisches Instrument**

Der Mikrozensus ist das wichtigste bevölkerungs- und erwerbsstatistische Instrument zwischen den Volkszählungen. Seit 1957 liefert er schnell und zuverlässig Angaben über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung und den Arbeitsmarkt.

Bei einem Auswahlatz von grundsätzlich 1 % kann der Mikrozensus derzeit Ergebnisse in tiefer sachlicher Gliederung für die Bundesländer sowie einige Eckzahlen für die Regierungsbezirke nachweisen. Nach einer Neugestaltung des Auswahlplans auf Grundlage der Ergebnisse der Volkszählung 1987 wird künftig eine wesentlich tiefere regionale Untergliederung der Ergebnisse möglich sein. Der Mikrozensus wird dann die wichtigsten Eckzahlen auch für größere kreisfreie Städte und Landkreise bereitstellen können.

Der Mikrozensus wird grundsätzlich im Interviewerverfahren durchgeführt. In Rheinland-Pfalz sind knapp 16 000 Haushalte in rund 800 Auswahlbezirken einbezogen. Etwa 500 Interviewerinnen und Interviewer sind für das Statistische Landesamt tätig. Der Interviewereinsatz ist für die korrekte und vollständige Erfassung aller Haushalte eines Auswahlbezirks besonders wichtig. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 113

### **Volkszählung 87: Geburtenstarke Jahrgänge bewirken eine spürbare Zunahme an jüngeren Erwerbstätigen**

Seit 1970 haben die 20- bis 30jährigen Erwerbstätigen merklich zugenommen, in Rheinland-Pfalz von 319 000 auf 434 000. Mit rund 28 % stellt diese Altersgruppe den größten Anteil an Erwerbstätigen. An der Zunahme waren die Frauen überdurchschnittlich beteiligt. Ihre Zahl erhöhte sich um gut 72 000, die der Männer hingegen um 43 000. me

Mehr über dieses Thema auf Seite 110



**Kommunen erwarten maßvollen Anstieg ihrer Ausgaben und solide Finanzierung**

Die Haushaltsansätze vermitteln frühzeitig einen Überblick über die Gestaltung der Ausgaben und die Einnahmeerwartungen der Gebietskörperschaften. Vorab aufbereitet werden die vollständig vorliegenden Finanzplanungen der Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern und der Landkreise, die mehr als 50 % des Finanzvolumens der kommunalen Gebietskörperschaften auf sich vereinigen. Diese Auswertung gibt, ergänzt um Teilergebnisse und Schätzungen für die übrigen Gemeinden, Aufschluß über das Finanzgebaren der Kommunen.

Die rheinland-pfälzischen Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern und die Landkreise erwarten für 1989 Einnahmen in Höhe von 6 765 Mill. DM, das

sind 1,6 % mehr als im Vorjahr. Für alle kommunalen Gebietskörperschaften werden aufgrund der vorliegenden Daten aus der Finanzplanung die Einnahmen auf rund 12 Mrd. DM geschätzt. Die positive Einnahmeentwicklung wird vor allem getragen von dem erwarteten Anstieg bei den Steuern, den allgemeinen Zuweisungen und Umlagen sowie in geringerem Umfang bei den Gebühren und zweckgebundenen Abgaben. Die Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern und die Landkreise gehen in ihren Haushaltsansätzen für 1989 davon aus, daß sich ihre allgemeinen Zuweisungen um 8,3 % auf 865 Mill. DM und die allgemeinen Umlagen um 5,4 % auf 708 Mill. DM erhöhen werden. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird ein Zuwachs von 6 % auf 753 Mill. DM erwartet. Schätzungen deuten darauf hin, daß sich für die Kommunen insgesamt ein ähnlicher Trend abzeichnet.

Die Ausgaben der Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern und der Landkreise sind mit 6 800 Mill. DM veranschlagt; sie steigen gegenüber dem Vorjahr um 1,3 %. Die geringe Steigerung ist maßgeblich darauf zurückzuführen, daß die Personalausgaben sich lediglich um 1,1 % auf 1 478 Mill. DM erhöhen werden. In anderen Bereichen sind jedoch überdurchschnittliche Zuwächse zu verzeichnen, wie für soziale Leistungen um 4,9 % auf 1 030 Mill. DM, für Baumaßnahmen um 3,5 % auf 741 Mill. DM sowie für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand um 3 % auf 1 546 Mill. DM. la

**Benzin und Heizöl deutlich teurer  
Verbraucherpreise im April**

Auch im April setzte sich der Anstieg des rheinland-pfälzischen Verbraucherpreisniveaus fort. Insbesondere die Benzinpreise zogen gegenüber März um mehr als ein Zehntel an. Sie lagen damit um bis zu einem Drittel über den Preisen vom April 1988. Dieselmotoren verteuerte sich dagegen vergleichsweise mäßig (7 % bzw. 13 %). 100 l Heizöl kosteten Mitte April im Durchschnitt der Berichtsgemeinden 42,55 DM. Seit Juni 1986 war das Heizöl nicht mehr so teuer. Gegenüber März 1989 und April 1988 errechnen sich hierfür Preissteigerungen von 7 % bzw. 30 %.

Auch für viele Lebensmittel mußte die Hausfrau mehr Geld aufwenden als vor einem Jahr. So wiesen Eier, Milch, Quark, Käse, Pflanzenmargarine, Pflanzenöl, tiefgefrorener Barsch und Bohnenkaffee merkliche Preissteigerungen auf. Ebenso verteuerten sich Tomaten, Zwiebeln, Kartoffeln und Apfelsinen. Beträchtliche Preiserückgänge wurden dagegen für China-, Weiß- und Wirsingkohl sowie für Kopfsalat ermittelt. br.

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im April 1989		
Indexbezeichnung	1980=100	Veränderung zu April 1988 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke,Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	119,7	2,0
Bekleidung, Schuhe	125,3	1,5
Wohnungsmieten	135,6	3,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	107,8	4,3
Möbel, Haushaltsgeräte u.a. Güter für die Haushaltsführung	123,5	1,5
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	129,8	4,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	129,1	6,6
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	121,8	0,7
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	139,5	2,6
Gesamtlebenshaltung	125,9	3,0
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	125,5	3,0
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	127,0	2,8
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern		
Gesamtlebenshaltung	125,4	2,9



### **Baureifes Land wurde erneut teurer, höchster Preis wurde in Mainz gezahlt**

Im Jahre 1988 haben in Rheinland-Pfalz 10 830 unbebaute Grundstücke mit einer Mindestgröße von 100 m<sup>2</sup> den Eigentümer gewechselt. Bei einer Kaufsumme von 694 Mill. DM belief sich die veräußerte Fläche auf mehr als 13,3 Mill. m<sup>2</sup>. Sieben von zehn Kauffällen entfielen auf baureifes Land. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der veräußerten Grundstücke um 6,6 %. Die veräußerte Fläche erhöhte sich um 2,6 %, die Kaufsumme hingegen um 15,8 %.

Die Kaufwerte für baureifes Land waren noch nie so hoch. Ein m<sup>2</sup> kostete 1988 im Mittel rund 94 DM, das sind 6,1 % mehr als im Vorjahr. Für Rohbauland, das sich um 4,5 % verteuerte, errechnet sich ein Durchschnittswert von 37 DM pro Quadratmeter.

Der höchste Wert für einen Quadratmeter baureifes Land wurde mit 407 DM in der Stadt Mainz ermittelt. Es folgen die Städte Ludwigshafen (249 DM), Ingelheim (219 DM) sowie Speyer und Frankenthal (je 215 DM). Am billigsten war baureifes Land in den vorwiegend ländlich geprägten Landkreisen Kusel (15 DM), Daun (29 DM), Bitburg-Prüm (31 DM), Cochem-Zell (31 DM) und Birkenfeld (33 DM). br

### **Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter um 3,4 % gestiegen**

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der vollbeschäftigten Arbeiter in der rheinland-pfälzischen Industrie erhöhte sich von Januar 1988 bis Januar 1989 um 3,4 % auf 18,41 DM. Er betrug im Januar 1989 bei den Männern 19,34 DM (+ 3,2 %) und bei den Frauen 13,61 DM (+ 3,7 %). Männliche Facharbeiter verdienten 20,33 DM (+ 3,4 %), weibliche 14,62 DM (+ 3,6 %). Männliche Hilfsarbeiter kamen auf 16,78 DM (+ 6 %), weibliche auf 13,53 DM (+ 4,4 %).

Der arbeitszeitabhängige durchschnittliche Bruttowochenverdienst stieg bei den Männern um 2 % auf 778 DM, bei den Frauen um 2,5 % auf 528 DM.

Bei allen Angaben sind einmalige oder in unregelmäßigen Abständen geleistete Zahlungen nicht berücksichtigt.

Die bezahlte Wochenarbeitszeit war zwischen Januar 1988 und Januar 1989 leicht rückläufig. Sie verminderte sich bei den Industriearbeitern um 1,2 % auf 40,2 Stunden und bei den Arbeiterinnen um 1 % auf 38,8 Stunden. Die wöchentlichen Überstunden blieben im gleichen Zeitraum sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen mit 1,5 bzw. 0,4 Stunden nahezu unverändert. ze



---

## **kurz + aktuell**

---

### **Industrieangestellte verdienen 4 658 DM im Monat**

Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Angestellten (ohne leitende Kräfte) aller Leistungsgruppen in der Industrie von Rheinland-Pfalz erhöhte sich von Januar 1988 bis Januar 1989 um 4,5 % auf 4 658 DM. Da sich die Lebenshaltung eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen in derselben Zeit um 2,5 % verteuerte, ergab sich ein realer Verdienstzuwachs. Für den männlichen technischen Industrieangestellten errechnet sich eine Verdienststeigerung auf 5 167 DM (+ 3,9 %) und für dessen Kollegin auf 3 657 DM (+ 5 %). Die männlichen kaufmännischen Angestellten verdienten im Januar 1989 durchschnittlich 5 019 DM (+ 5,5 %), die weiblichen 3 245 DM (+ 4,4 %).

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe konnten die männlichen kaufmännischen Angestellten den durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst im Vergleich zu Januar 1988 um 4,1 % auf 3 776 DM steigern, ihre Kolleginnen um 5,7 % auf 2 654 DM.

Bei allen Angaben sind einmalige oder in unregelmäßigen Abständen geleistete Zahlungen nicht berücksichtigt. ze

### **Außenhandel mit den ASEAN-Staaten expandiert um 18 %**

Der rheinland-pfälzische Warenverkehr mit den ASEAN-Staaten – Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand – hat 1988 gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen. Das Außenhandelsvolumen expandierte um fast 18 % und erreichte annähernd wieder das Niveau von 1981 bis 1984. Mit einem Handelsvolumen von 741 Mill. DM betrug der ASEAN-Anteil am gesamten Außenhandelsvolumen mit Entwicklungsländern (6,7 Mrd. DM) über 11 %.

Während die Einfuhr aus den ASEAN-Mitgliedstaaten, die seit 1980 ein Kooperationsabkommen mit der EG haben, seit 1987 um 21 % auf 246 Mill. DM stieg, erhöhte sich die Ausfuhr dorthin um 16 % auf 495 Mill. DM. In der südostasiatischen Wirtschaftsregion entwickelte sich Thailand 1988 zum bedeutendsten Exporteur (96 Mill. DM) für die rheinland-pfälzische Wirtschaft. Die meisten Waren lieferte Rheinland-Pfalz nach Indonesien (142 Mill. DM).

Auch den höchsten Ausfuhrüberschuß (109 Mill. DM) weist der Handel mit Indonesien auf. Mit dem relativ exportstarken Malaysia wurde der geringste Ausfuhrüberschuß (2,7 Mill. DM) erwirtschaftet. 1987 hatte der Außenhandel mit Malaysia noch einen Einfuhrüberschuß von 7,9 Mill. DM gebracht. kl



## Dr. Walter Nellessen †

Dr. Walter Nellessen ist tot. Er war – bis zu seiner Pensionierung im Dezember 1978 – 22 Jahre lang Präsident des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz und Landeswahlleiter. Seine integre Persönlichkeit, sein fester und doch konzilianter Führungsstil nach innen und außen haben dem Statistischen Landesamt zu hohem Ansehen verholfen. Bereits 1973 wurde Dr. Nellessen für seine Verdienste mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt.



Walter Nellessen wurde am 28. Dezember 1913 in Euskirchen geboren. Ab 1933 studierte er Wirtschaftswissenschaften, Philosophie und Geschichte an der Universität Bonn. Nach dem Examen als Diplom-Volkswirt promovierte er zum Dr. rer. pol. Von Mai 1940 bis Mitte Juni 1947 war er im Krieg und in Gefangenschaft. Anfang 1948 trat er in das Statistische Landesamt ein, dessen Leitung er am Jahresanfang 1957 als Nachfolger von Prof. Dr. Zwick übernahm.

Dr. Nellessen hat maßgeblich zur Entlastung der Verwaltung von Massenaufgaben beigetragen. Er hat die Möglichkeiten der Automatischen Datenverarbeitung der Verwaltung zugänglich gemacht. Die Einführung der Krankenhausautomation und der Aufbau des Landesinformationssystems sind mit seinem Namen als Amtsleiter verbunden.

Dr. Karl Heinz Weis



# Europawahl und Kommunalwahlen in Bildschirmtext

Sonderdienst für die Wahlen am 18. Juni 1989

Die Btx-Sonderdienste bei der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 und der Landtagswahl am 17. Mai 1987 in Rheinland-Pfalz haben eine große Resonanz gefunden. In der Wahlnacht und der darauffolgenden Woche wurden einzelne Seiten aus dem Btx-Angebot des Statistischen Landesamtes bis zu 860mal abgerufen.

Das Statistische Landesamt wird daher auch zur Europawahl und zu den Kommunalwahlen am 18. Juni 1989 aktuelle Informationen über die Wahlergebnisse im Bildschirmtextsystem anbieten.

Die Einspeicherung in das System erfolgt unmittelbar nach Vorliegen der Ergebnisse beim Landeswahlleiter. Die Ergebnisse der Europawahl sind noch in der Wahlnacht, die Ergebnisse aus den Kommunalwahlen wegen des langwierigen Auswertungssystems bis Mittwoch der folgenden Woche zu erwarten. Nach Einspeicherung können die Daten bundesweit abgerufen werden. Sofern der Btx-Teilnehmer über einen Drucker verfügt, können die Ergebnisse auch ausgedruckt werden.

## Europawahl

Veröffentlicht werden insgesamt 50 Btx-Seiten mit Vergleichszahlen für 1984

- Wahlberechtigte
- Wahlbeteiligung
- Gültige Stimmen
- Verteilung der Stimmen in Prozent

für 12 kreisfreie Städte

9 ausgewählte kreisangehörige Städte

24 Landkreise.

Außerdem

- Landesergebnis
- Gewählte Abgeordnete.

## Kommunalwahlen

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen werden auf insgesamt 128 Seiten folgendermaßen im Btx-Dienst angeboten:

### Stadtratswahlen

Mit Vergleichszahlen für 1984

- Wahlberechtigte
- Wahlbeteiligung
- Gültige Stimmen / gültige Stimmzettel in Prozent
- Verteilung der Stimmen in Prozent
- Sitzverteilung

für 12 kreisfreie Städte

9 ausgewählte kreisangehörige Städte.

### Kreistagswahlen

Ebenfalls mit Vergleichszahlen für 1984 werden publiziert

- Wahlberechtigte
- Wahlbeteiligung
- Gültige Stimmen / gültige Stimmzettel in Prozent

- Verteilung der Stimmen in Prozent
  - Sitzverteilung
- für 24 Landkreise.

### Verbandsgemeinderatswahlen

Aus den Verbandsgemeinderatswahlen werden veröffentlicht

- Verteilung der Stimmen in Prozent
- Sitze

für 163 Verbandsgemeinden.

### Stadtratswahlen / Gemeinderatswahlen

Angeboten im Btx-Programm werden

- Verteilung der Stimmen in Prozent
- Sitze

für 38 verbandsfreie Gemeinden.

### Wahl zum Bezirkstag der Pfalz

Es werden veröffentlicht

- Wahlberechtigte
- Wahlbeteiligung
- Gültige Stimmen
- Verteilung der Stimmen in Prozent.

### Vergleichszahlen für andere Wahlen

Eine Erläuterung des Wahlverfahrens und Vergleichszahlen für alle Europawahlen in Rheinland-Pfalz seit 1979 und alle Kommunalwahlen seit 1948 enthält das Btx-Kapitel Wahlen, das vom Statistischen Landesamt im Rahmen des Programms Amtliche Statistik angeboten wird. Die Ergebnisse sind durch Grafiken anschaulich dargestellt. Dieses Kapitel bietet auch die Möglichkeit, „auf Knopfdruck“ Wahlergebnisse der übrigen Bundesländer abzurufen (vgl. hierzu J. Gebauer: Amtliche Statistik in Bildschirmtext. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz Jg. 39, Heft 11, November 1986).

Das Btx-Kapitel Wahlen des Statistischen Landesamtes enthält außerdem die Ergebnisse aller Bundestagswahlen und Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz (vgl. hierzu J. Gebauer: Bundestagswahlen in Btx. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz Jg. 39, Heft 12, Dezember 1986 und ders.: Landtagswahl in Bildschirmtext. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz Jg. 40, Heft 4, April 1987).

Im Rahmen des Wahlsonderdienstes zur Europawahl und zu den Kommunalwahlen kann über Bildschirmtext der Sonderdruck „Das neue Wahlsystem bei Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz. Sonderdruck der Statistischen Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 41, Heft 7, Juli 1988.“ bestellt werden.

Joachim Gebauer

**Siehe auch Seiten 100 bis 103.**



## Europawahl in Btx

Stat. Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM



Statistisches Landesamt  
Rheinland-Pfalz

- 1 Rheinland-Pfalz-Statistik
- 2 Gemeinden, Verbandsgem., Kreise
- 3 Andere Bundesländer, Bund
- 4 Wahlsondendienst zur Europawahl und zu den Kommunalwahlen 18.6.1989
- 5 Ihre Mitteilung an uns Impressum #
- 6 Statistik-Quiz 47077b

4

Stat. Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

Wahlen in Rheinland-Pfalz am 18.6.1989

Wahlsondendienst des Landeswahlleiters  
Europawahl Kommunalwahlen

- 10 Landesergebnis
- 11 Kreisfr. Städte und ausgewählte kreisangehörige Städte
- 12 Landkreise
- 13 Landesergebnisse
- 14 Kreisfreie Städte
- 15 Landkreise
- 16 Verbandsgemeinden
- 17 Verbandsfreie Gemeinden
- 18 Bezirkstag Pfalz
- 19 Bundeswahlleiter, andere Bundesländer

← 0 Broschüre Neues Kommunalwahlrecht # 470775a

10

Stat. Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

Europawahl Rheinland-Pfalz 18. Juni 1989

Landesergebnis 1984 1989

Wahlberechtigte	2 837 671	...	...
Wahlbeteiligung	76,3 %	...	...
Gültige Stimmen	2 081 817	...	...

	1984			1989		
Gültige Stimmen	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %		
CDU	969 846	46,6	...	...	...	
SPD	802 626	38,6	...	...	...	
GRÜNE	137 028	6,6	...	...	...	
F.D.P.	104 820	5,0	...	...	...	
REP	-	-	...	...	...	
Übrige	67 497	3,2	...	...	...	

← 0 Gewählte Abgeordnete # → 47077510a

#

Stat. Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

Europawahl Rheinland-Pfalz 18. Juni 1989

Gewählte Abgeordnete

← 0 470775101a

11

Stat. Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

Europawahl am 18. Juni 1989

Kreisfreie Städte Kreisangeh. Städte

- 10 Frankenthal
- 11 Kaiserslautern
- 12 Koblenz
- 13 Landau i. d. Pfalz
- 14 Ludwigshafen
- 15 Mainz
- 16 Neustadt a. d. Weinstraße
- 17 Pirmasens
- 18 Speyer
- 19 Trier
- 20 Worms
- 21 Zweibrücken
- 22 Andernach
- 23 Bad Kreuznach
- 24 Bad Neuenahr-Ahrweiler
- 25 Bingen am Rhein
- 26 Idar-Oberstein
- 27 Ingelheim
- 28 Lahnstein
- 29 Mayen
- 30 Neuwied

← 0 Landkreise # → 47077511a

10

Stat. Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

Europawahl am 18. Juni 1989

Stadt Frankenthal 1984 1989

Wahlberechtigte	33 346	...	...
Wahlbeteiligung	72,3 %	...	...
Gültige Stimmen	23 487	...	...

	1984			1989		
Gültige Stimmen	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %		
CDU	10 024	42,7	...	...	...	
SPD	10 044	42,8	...	...	...	
GRÜNE	1 555	6,6	...	...	...	
F.D.P.	1 078	4,6	...	...	...	
REP	-	-	...	...	...	
Übrige	786	3,3	...	...	...	

← 0 Kaiserslautern # → 4707751110a



Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM  
Rheinland-Pfalz - Landesergebnisse

10 Geographie, Fläche, Klima	20 Gesamtwirtschaft 21 Wirtschaftszweige
11 Bevölkerung	22 Arbeitsmarkt
12 Gesundheit	23 Preise
13 Bildung	-- Einkommen
-- Kultur, Sport	-- Verbrauch
15 Wahlen	-- Bauen, Wohnen
-- Öff. Haushalte	27 Verkehr, Reisen
17 Sozialleistungen	-- Umwelt, Energie
-- Rechtspflege	29 Volkszählung '87
0 Hauptübersicht	99 Schlagwörter

470771a

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

### Wahlen in Rheinland-Pfalz

10 Bundestagswahlen	-- Weiteres in Btx zu diesem Thema
11 Landtagswahlen	16 Publikationen
12 Kommunalwahlen	77 Übr. Länder, Bund
13 Europawahlen	
14 Wahlsondendienst zu den Wahlen am 18. Juni 1989	

0 Übersicht	88 Hauptübersicht
»Landesergebnisse«	99 Schlagwörter

47077115a

15

Statistisches Bundesamt 0,00 DM

### Europawahl 1989

10 ABC der Europawahl	Wahlsonder- programme von:
-- Wahlergebnisse	77 Rheinland- Pfalz
	78 Baden- Württemberg
66 Veröffentlichungen	80 Saarland

← 0 Hauptübersicht	99 Anfragen, Mitteilungen
--------------------	------------------------------

48484310a

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

### Europawahlen in Rheinland-Pfalz

10 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung, Gültige Stimmen der Parteien seit 1979	12 Erläuterungen zum Wahlverfahren -- Weiteres in Btx zu diesem Thema
11 Stimmenanteile nach Geschlecht u. Altersgruppen	-- Publikationen
13 Wahlsondendienst zu den Wahlen am 18. Juni 1989	77 Übr. Länder, Bund

0 Übersicht Wahlen	88 Hauptübersicht
	99 Schlagwörter

470771153a

13

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

Europawahl Rheinland-Pfalz 18. Juni 1989

### Landkreise

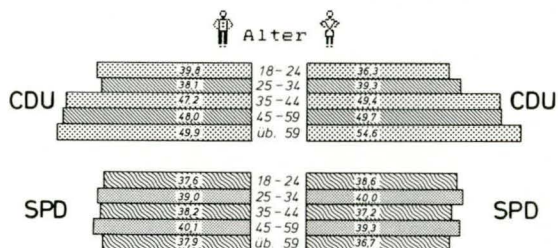
10 Ahrweiler	22 Kaiserslautern
11 Altenkirchen(Ww.)	23 Kusel
12 Alzey-Worms	24 Ludwigshafen
13 Bad Dürkheim	25 Mainz-Bingen
14 Bad Kreuznach	26 Mayen-Koblenz
15 Bernkastel- Wittlich	27 Neuwied
16 Birkenfeld	28 Pirmasens
17 Bitburg-Prüm	29 Rhein-Hunsrück- Kreis
18 Cochem-Zell	30 Rhein-Lahn-Kreis
19 Daun	31 Südliche Wein- straße
20 Donnersberg- kreis	32 Trier-Saarburg
21 Germersheim	33 Westerwaldkreis

← 0	Kreisfreie Städte # →
-----	-----------------------

47077512a

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

Europawahl in Rheinland-Pfalz 1984  
Stimmenanteile in %



← 0	77 Übr. Länder, Bund	# →
-----	----------------------	-----

47077115312a

11

12

22

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

Europawahl am 18. Juni 1989

### Landkr. Kaiserslautern 1984 1989

Wahlberechtigte	75 766	...
Wahlbeteiligung	80,6 %	...
Gültige Stimmen	58 964	...

1984			1989		
Gültige Stimmen	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	
CDU	25 967	44,0	...	...	...
SPD	24 680	41,9	...	...	...
GRÜNE	3 627	6,2	...	...	...
F.D.P.	2 623	4,4	...	...	...
REP	-	-	...	...	...
Übrige	2 067	3,5	...	...	...

← 0	LK Kusel # →
-----	--------------

4707751222a





## Kommunalwahlen in Btx

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM



### Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

- 1 Rheinland-Pfalz-Statistik
- 2 Gemeinden, Verbandsgem., Kreise
- 3 Andere Bundesländer, Bund
- 4 Wahlsondendienst zur Europawahl und zu den Kommunalwahlen 18.6.1989
- 5 Ihre Mitteilung an uns
- 6 Statistik-Quiz

Impressum #  
47077b

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz

- 10 Geographie, Fläche, Klima
- 11 Bevölkerung
- 12 Gesundheit
- 13 Bildung
- Kultur, Sport
- 15 Wahlen
- Off. Haushalte
- 17 Sozialleistungen
- Rechtspflege
- 0 Hauptübersicht

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

Kommunalwahlen Rheinland-Pfalz 18.6.1989

### Landesergebnisse

- 1 Wahlen zu den Gemeinde-/Stadträten insgesamt
- 2 Wahlen zu den Stadträten der kreisfreien Städte
- 3 Wahlen zu den Kreistagen
- 4 Wahlen zu den Verbandsgemeinderäten
- 5 Wahl zum Bezirkstag Pfalz

← 0 # →  
47077513a

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

Wahlen in Rheinland-Pfalz am 18.6.1989

### Wahlsondendienst des Landeswahlleiters Europawahl Kommunalwahlen

- 10 Landesergebnis
- 11 Kreisfr.Städte und ausgewählte kreisangehörige Städte
- 12 Landkreise
- 13 Landesergebnisse
- 14 Kreisfreie Städte
- 15 Landkreise
- 16 Verbandsgemeinden
- 17 Verbandsgemeinden
- 18 Bezirkstag Pfalz
- 19 Bundeswahlleiter, andere Bundesländer

← 0 Broschüre Neues Kommunalwahlrecht #  
470775a

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

Kommunalwahlen Rheinland-Pfalz 18.6.1989

Landesergebnis der Kreistagswahlen

	1984	1989		1984	1989
Wahlberechtigte	2089	496	in %		
Wahlbeteiligung	78,9	%	in %		
Gült.Stimmen/-zettel	1577	376	in %		
			Sitze		
CDU	46,9	500	...	...	...
SPD	38,4	402	...	...	...
F.D.P.	5,3	33	...	...	...
GRÜNE	5,1	44	...	...	...
REP	-	-	...	...	...
WG	4,1	29	...	...	...
Übrige	0,1	-	...	...	...

← 0 # →  
470775133a

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

Kommunalwahlen Rheinland-Pfalz 18.6.1989

### Kreisfreie Städte Kreisangeh. Städte

- 10 Frankenthal
- 11 Kaiserslautern
- 12 Koblenz
- 13 Landau i.d.Pfalz
- 14 Ludwigshafen
- 15 Mainz
- 16 Neustadt a.d. Weinstraße
- 17 Pirmasens
- 18 Speyer
- 19 Trier
- 20 Worms
- 21 Zweibrücken
- 22 Andernach
- 23 Bad Kreuznach
- 24 Bad Neuenahr-Ahrweiler
- 25 Bingen am Rhein
- 26 Idar-Oberstein
- 27 Ingelheim
- 28 Lahnstein
- 29 Mayen
- 30 Neuwied

← 0 Landkreise # →  
47077514a

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz

Kreistagswahlen

### Landkreise

- 10 Ahrweiler
- 11 Altenkirchen
- 12 Alzey-Worms
- 13 Bad Dürkheim
- 14 Bad Kreuznach
- 15 Bernkastel-Wittlich
- 16 Birkenfeld
- 17 Bitburg-Prüm
- 18 Cochem-Zell
- 19 Daun
- 20 Donnersbergkreis
- 21 Germersheim

← 0

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

Kommunalwahlen Rheinland-Pfalz 18.6.1989

### Sitzverteilung in den Kreistagen

	1984	1989
CDU	500	...
SPD	402	...
F.D.P.	33	...
GRÜNE	44	...
REP	-	...
WG	29	...
Übrige	-	...
Insgesamt	1 008	...

← 0 # →  
470775136a

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM

Stadtratswahlen 18.Juni 1989

Stadt Mainz

	1984	1989		1984	1989
Wahlberechtigte	124	891	in %		
Wahlbeteiligung	70,5	%	in %		
Gült.Stimmen/-zettel	86	056	in %		
			Sitze		
CDU	40,4	24	...	...	...
SPD	43,7	27	...	...	...
F.D.P.	6,1	3	...	...	...
GRÜNE	9,2	5	...	...	...
REP	-	-	...	...	...
WG	-	-	...	...	...
Übrige	0,4	-	...	...	...

← 0 Neustadt a.d.W. # →  
4707751415a

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz

Kreistagswahlen

### Landkr. Kaiser

	1984	1989
Wahlberechtigte	41,6	...
Wahlbeteiligung	40,7	...
Gült.Stimmen/-zettel	3,5	...
	5,5	...
CDU	41,6	...
SPD	40,7	...
F.D.P.	3,5	...
GRÜNE	5,5	...
REP	-	...
WG	8,6	...
Übrige	-	...

← 0

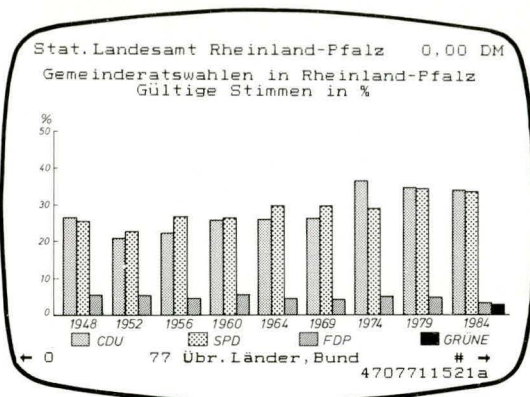


Pfalz 0,00 DM  
nderesergebnisse  
esamtwirtschaft  
irtschaftszweige  
beitsmarkt  
reise  
inkommen  
verbrauch  
uen, Wohnen  
erkehr, Reisen  
welt, Energie  
lkszählung '87  
schlagwörter  
470771a

15

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM  
Wahlen in Rheinland-Pfalz  
10 Bundestagswahlen -- Weiteres in Btx  
zu diesem Thema  
11 Landtagswahlen 16 Publikationen  
12 Kommunalwahlen 77 Übr. Länder, Bund  
13 Europawahlen  
14 Wahlsonderdienst zu den Wahlen  
am 18.Juni 1989  
0 Übersicht 88 Hauptübersicht  
»Landesergebnisse« 99 Schlagwörter  
47077115a

12



Pfalz 0,00 DM  
ni 1989  
aiserslautern  
usel  
dwigshafen  
inz-Bingen  
yen-Koblenz  
uwied  
rmasens  
ein-Hunsrück-  
eis  
ein-Lahn-Kreis  
dliche Wein-  
raße  
ier-Saarburb  
sterwaldkreis  
gemeinden # →  
47077515a

16

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM  
Verbandsgemeinderatswahlen 18. Juni 1989  
10 Adenau 28 Bellheim 46 Edenkoben  
11 Alsenz-Ob. 29 Bernkastel 47 Eich  
12 Altenahr 30 Betzdorf 48 Eisenberg  
13 Altenglan 31 Birkenfeld 49 Emmelsb.  
14 Altenkir. 32 Bitburg-Ld. 50 Enkenb-A.  
15 Alzey-Ld. 33 Bodenheim 51 Flammersf  
16 Andernach 34 Braubach 52 Freinsbm.  
17 Annweiler 35 Brohlthal 53 Gau-Alges  
18 Arzfeld 36 Bruchmühlb. 54 Gebhards.  
19 Asbach 37 Cochem-Ld. 55 Gerolst.  
20 B.Bergzab. 38 Daaden 56 Glan-Mün.  
21 B.Breisig 39 Dahn 57 Gölheim  
22 B.Ems 40 Dannst-Sch. 58 Grünstadt  
23 B.Hönnigen 41 Daun 59 Guntersb.  
24 B.Kreuznach 42 Deidesheim 60 Hachenb.  
25 B.Marienb. 43 Dierdorf 61 Hagenbach  
26 B.Münster 44 Diez 62 Hahnst.  
27 Baumholder 45 Dudenhofen 63 Hamm(Sieg)  
Fortsetzung # →  
47077516a

17

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM  
Stadtrats-/Gemeinderatswahlen 18.6.1989  
10 Altrip 25 Grafschaft 40 Neuwied  
11 Alzey 26 Grünstadt 41 Osthofen  
12 Andernach 27 Gutsbezirk 42 Remagen  
13 B.Dürkheim 28 Baumholder 43 Römerberg  
14 B.Kreuznach 29 Haßloch 44 Schiffer-  
15 B.Neuenahr 30 Herdorf 45 Wittlich  
16 Bendorf 31 Idar- 46  
17 Bingen 32 Oberstein 47  
18 Bitburg 33 Ingelheim  
19 Bubenheim- 34 Kirn  
20 Böhler 35 Lahnstein  
21 Boppard 36 Lamsheim  
22 Bundenheim 37 Limburgerhof  
23 Cochem 38 Mayen  
24 Germersheim 39 Mutterstadt  
Neuhofen  
47077517a

10

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM  
Verbandsgemeinderatswahlen 18. Juni 1989

Verbands- gemeinde	Adenau		Alsenz- Obermosch.		Altenahr	
	An- teil	Sitze in %	An- teil	Sitze in %	An- teil	Sitze in %
CDU	...	...	...	...	...	...
SPD	...	...	...	...	...	...
F.D.P.	...	...	...	...	...	...
GRÜNE	...	...	...	...	...	...
REP	...	...	...	...	...	...
WG	...	...	...	...	...	...
Übrige	...	...	...	...	...	...

← 0 # →  
4707751610a

12

Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz 0,00 DM  
Gemeinderatswahlen 18. Juni 1989

Stadt/ Gemeinde	Altrip		Alzey		Andernach	
	An- teil	Sitze in %	An- teil	Sitze in %	An- teil	Sitze in %
CDU	...	...	...	...	...	...
SPD	...	...	...	...	...	...
F.D.P.	...	...	...	...	...	...
GRÜNE	...	...	...	...	...	...
REP	...	...	...	...	...	...
WG	...	...	...	...	...	...
Übrige	...	...	...	...	...	...

← 0 # →  
4707751712a

Pfalz 0,00 DM  
ni 1989  
1984 1989  
51 %  
79 %  
1989  
in % Sitze  
LK Kusel # →  
4707751522a



# Die Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1986

Informationen über die wirtschaftliche Struktur und Entwicklung unterhalb der Landesebene stellen für die regionale Wirtschaftspolitik stets maßgebliche Eckdaten dar. Eine wesentliche Komponente ist hier die unbereinigte Bruttowertschöpfung (im folgenden kurz Bruttowertschöpfung genannt), die auf diesen Ebenen als der brauchbarste Maßstab für die Leistungskraft einer Region angesehen werden kann. Im Gegensatz zum Landesergebnis wird für Kreise und kreisfreie Städte auf einen Nachweis des Bruttoinlandsproduktes verzichtet, da eine adäquate Verteilung der Zwischenposten (nicht-abzugsfähige Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben) nicht möglich ist. Die Ausweisung der Bruttowertschöpfung erfolgt stets in nominaler und unbereinigter Form, da regionsspezifische Informationen einerseits über die Preisentwicklung und andererseits über die fiktive Größe „unterstellte Bankdienstleistungen“ fehlen. Aufgrund der regional differierenden Bedeutung von Produktionssteuern und Subventionen – namentlich in Gebieten, die stark von der Mineralöl- oder Tabakindustrie bzw. von der Landwirtschaft geprägt sind, – wird die Bruttowertschöpfung sowohl zu Marktpreisen als auch zu Faktorkosten berechnet.

## Zur Methode

Bei der Berechnung der Bruttowertschöpfung auf Kreisebene muß der Tatsache Rechnung getragen werden, daß für Regionaleinheiten unterhalb der Landesebene aus vielen Statistiken kein Material vorliegt. Dies gilt insbesondere für Stichprobenverfahren, bei denen der Auswahlatz für einen Kreis nicht mehr groß genug ist oder aber keine ausreichende wirtschaftssystematische Tiefengliederung gegeben ist. Aus diesem Grund erfolgt die Kreisberechnung durch Verteilung originär berechneter Landeswerte, und zwar in rund 70 Einzelbereichen. Durch diese starke Differenzierung soll eine möglichst große Homogenität innerhalb der Bereiche realisiert werden. Der Aufteilungsschlüssel wird für die Einzelbereiche so gewählt, daß eine enge Korrelation zwischen Schlüsselgröße und Bruttowertschöpfung vermutet werden kann. Als wesentliche Nebenbedingung ist bei der Berechnung auch darauf zu achten, daß dem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gängigen Unternehmenskonzept Rechnung getragen wird, das heißt, daß die wirtschaftliche Leistung eines Betriebes stets dem wirtschaftssystematischen Schwerpunkt des entsprechenden Unternehmens zugeordnet wird.

Diese Hinweise machen deutlich, daß gewisse Unschärfen in der Berechnung notwendigerweise gegeben sind. Der Fehlerbereich wird primär durch die Qualität des Ausgangsmaterials bestimmt. Hinzu kommt der unterstellte fiktive Zusammenhang zwischen Schlüsselgröße und Bruttowertschöpfung. Zudem bereitet die Zurechnung der wirtschaftlichen Leistung auf spezifische Unternehmensteile Probleme. Nicht zuletzt jedoch ist eine angemessene Interpretation der Ergebnisse nur möglich, wenn relevante Einzelereignisse, zum Beispiel Unternehmensschließung oder Änderung des wirtschaftssystematischen Schwerpunkts insbesondere bei bestimmenden Großunternehmen, bekannt sind. Die Konsequenz ist, daß bei der Beurteilung der absoluten Höhe der Bruttowertschöpfung größere Fehlermargen zugestanden werden müssen. Die Komprimierung der 70 Rechenbereiche auf fünf Veröffentlichungsbereiche führt aber zu einer ganz entscheidenden Fehlerkompensation. Zudem trägt die Veröffentlichung der Ergebnisse in Mill. DM den genannten Aspekten Rechnung. Die Unschärfen bei der Berechnung verlieren bei zeitraumbezogener Betrachtung an Gewicht, da im Zeitablauf weitestgehende Konstanz der Methoden gewährleistet ist.

## Differenzen im regionalen Wirtschaftswachstum

Bei Betrachtung der regionsspezifischen Veränderungsdaten der Bruttowertschöpfung von 1984 zu 1986 wird eine relativ starke Streuung um den Landeswert von +9,2% deutlich. Mit +32% Steigerung hat der Kreis Mayen-Koblenz eine Ausnahmeposition inne. Diese ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß ein großes Bauvorhaben im Kreis im Wege des Leasingverfahrens abgewickelt wurde, eine Tatsache, die sich insbesondere in der Veränderungsrate im Bereich Dienstleistungsunternehmen manifestiert.

Nicht zuletzt durch die im Vergleich zu den Vorjahren positive Entwicklung im Kraftfahrzeugbereich konnte auch der Landkreis Gernersheim mit +18% Wachstum ein weit überdurchschnittliches Ergebnis erzielen. Mit Veränderungsdaten von durchweg über +12% schnitten auch die Verwaltungsbezirke Neuwied, Rhein-Hunsrück-Kreis, Frankenthal (jeweils +12%), Landau, Donnersbergkreis (jeweils +13%) sowie der Landkreis Ludwigshafen (+14%) überaus positiv ab.

Mit einem Gesamtwachstum von unter +5% stellt sich die Situation in den Verwaltungsbezirken Cochem-

### Schematischer Überblick über die wesentlichen Begriffe im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

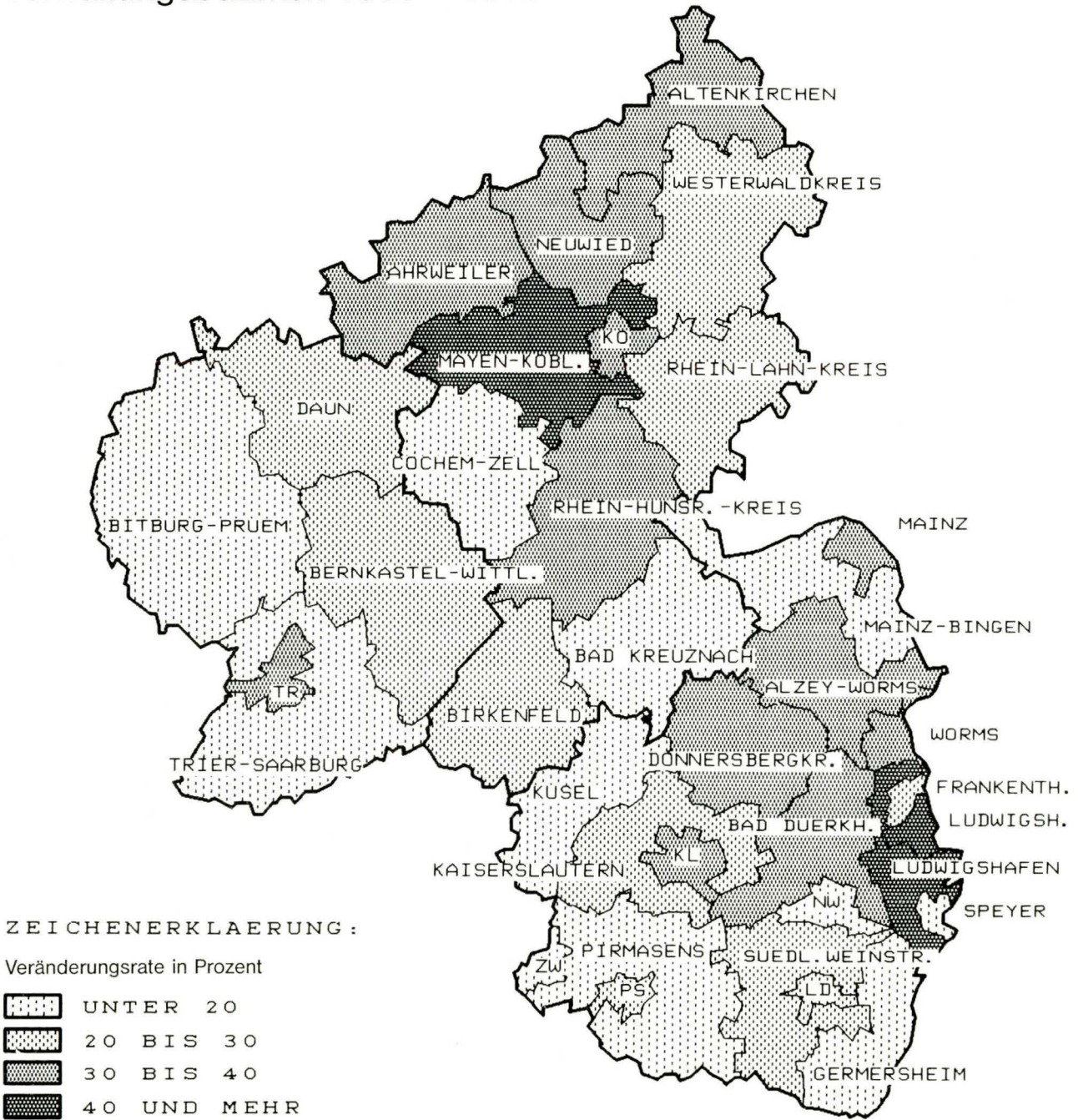
Produktionswert ./. Vorleistungen = unbereinigte Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen

./. indirekte Steuern abzüglich Subventionen  
= unbereinigte Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten

./. Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen  
= bereinigte Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen  
+ nichtabzugsfähige Umsatzsteuer plus Einfuhrabgaben  
= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen



# Bruttowertschöpfung in den Verwaltungsbezirken 1980 – 1986



57/89

Zell (+ 1,2%), Trier-Saarburg (+ 3,6%), Kusel (+ 3,1%) sowie im Landkreis Pirmasens (+ 4%) weitaus schlechter dar. Die negative Entwicklung in Speyer (– 6,3%) wird von dem zurückgehenden Einfluß der Mineralölindustrie bestimmt. Im Landkreis Cochem-Zell liegen die Problembereiche ebenfalls im warenproduzierenden Gewerbe, im besonderen in den Bereichen Stahl- und Leichtmetallbau, Kraftfahrzeuge und Getränke. Im Landkreis Kusel hingegen ist das schwache Wachstum im wesentlichen durch die Entwicklung im Handel bestimmt.

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND - PFALZ *L*

Die hier für den Zweijahreszeitraum konstatierten Divergenzen in der Entwicklung der Bruttowertschöpfung zeigen sich auch im längerfristigen Vergleich von 1980 bis 1986. Bei einer landesdurchschnittlichen Steigerungsrate von + 30% liegen die Kreise Mayen-Koblenz und Ludwigshafen sowie die Stadt Ludwigshafen mit über + 40% an der Spitze. Eine Abweichung von 10 Prozentpunkten unter dem Landesdurchschnitt weisen die Verwaltungsbezirke Bad Kreuznach, Cochem-Zell, Bitburg-Prüm, Trier-Saarburg, Neustadt, Speyer, Zweibrücken, Germersheim, Kusel, Mainz-Bingen sowie der Landkreis Pirmasens auf. Im längeren Betrachtungs-

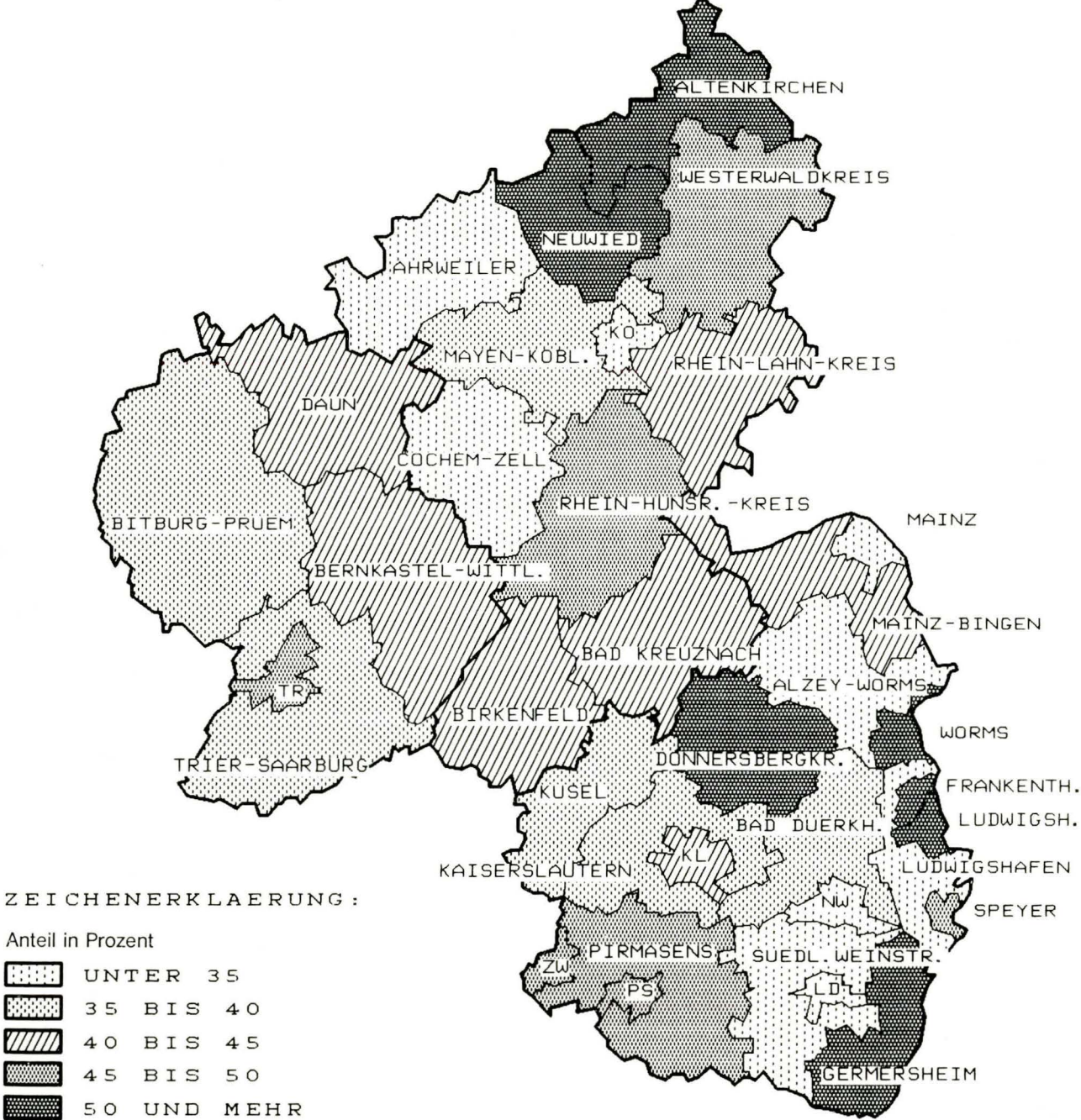


# Bruttowertschöpfung in den Verwaltungsbezirken 1986

Verwaltungsbezirk	Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen									Bruttowertschöpfung zu Faktor-kosten
	insgesamt		je Einwohner		Land- und Forstwirtschaft	waren-produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, priv. HH. u. priv. Org. ohne Erwerbszweck	
	Mill. DM	Anteil in %	DM	Land = 100	Anteil in %					Mill. DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	5 887	6,0	53 230	194,6	-	24,7	17,8	27,0	30,3	5 829
Landkreise										
Ahrweiler	2 034	2,1	18 370	67,2	2,3	34,4	12,4	32,7	18,2	2 007
Altenkirchen (Ww.)	2 620	2,7	21 760	79,5	1,2	52,0	16,9	20,1	9,8	2 598
Bad Kreuznach	3 225	3,3	22 320	81,6	3,9	42,1	15,0	22,6	16,3	3 188
Birkenfeld	1 909	1,9	22 400	81,9	1,8	41,1	12,0	21,6	23,6	1 871
Cochem-Zell	1 096	1,1	18 450	67,4	6,6	29,8	13,0	26,7	23,8	1 088
Mayen-Koblenz	5 389	5,5	29 150	106,6	1,4	39,5	12,1	37,3	9,6	5 302
Neuwied	3 628	3,7	23 430	85,6	1,0	50,3	11,1	25,2	12,4	3 551
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 938	2,0	21 780	79,6	3,3	46,3	12,8	23,5	14,1	1 914
Rhein-Lahn-Kreis	2 198	2,2	18 810	68,7	2,3	41,0	11,9	25,5	19,3	2 161
Westerwaldkreis	3 650	3,7	21 440	78,4	1,2	49,8	14,6	22,4	12,0	3 601
RB Koblenz	33 574	34,0	24 930	91,1	1,8	40,4	14,0	26,7	17,1	33 110
Kreisfreie Stadt Trier	4 291	4,3	46 040	168,3	-	45,2	16,4	17,5	20,5	3 846
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	2 375	2,4	22 340	81,7	6,1	43,9	17,4	20,1	12,5	2 381
Bitburg-Prüm	1 652	1,7	18 850	68,9	9,1	39,8	14,5	23,7	12,9	1 630
Daun	1 120	1,1	20 000	73,1	4,4	40,3	12,4	24,3	18,5	1 118
Trier-Saarburg	1 597	1,6	12 770	46,7	8,9	38,7	14,2	25,1	13,1	1 597
RB Trier	11 035	11,2	23 570	86,2	4,6	42,7	15,6	20,8	16,3	10 572
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	1 346	1,4	30 520	111,6	-	54,2	11,2	22,6	11,5	1 310
Kaiserslautern	3 646	3,7	37 500	137,1	-	44,0	20,2	20,3	15,4	3 631
Landau i. d. Pfalz	1 114	1,1	31 550	115,3	-	26,6	17,3	27,6	26,5	1 102
Ludwigshafen a. Rhein	11 309	11,4	73 900	270,1	-	76,6	7,9	9,9	5,5	10 976
Mainz	9 985	10,1	52 930	193,5	-	31,2	10,6	42,0	16,1	9 799
Neustadt a. d. Weinstr.	1 350	1,4	27 870	101,9	-	21,3	20,8	27,4	28,0	1 333
Pirmasens	1 613	1,6	34 820	127,3	-	49,0	20,2	18,7	12,0	1 580
Speyer	1 622	1,6	37 760	138,0	-	47,8	10,1	18,3	23,6	1 547
Worms	2 240	2,3	31 160	113,9	-	55,1	12,4	19,4	11,9	2 185
Zweibrücken	1 046	1,1	31 800	116,2	-	49,1	9,8	18,4	22,2	1 029
Landkreise										
Alzey-Worms	1 448	1,5	14 760	54,0	11,8	26,5	19,1	30,2	12,4	1 451
Bad Dürkheim	2 111	2,1	17 840	65,2	6,2	38,8	13,8	30,9	10,3	2 081
Donnersbergkreis	1 301	1,3	19 590	71,6	4,0	53,8	9,6	20,0	12,6	1 285
Germersheim	4 088	4,1	40 260	147,1	1,1	77,8	4,2	10,3	6,7	3 286
Kaiserslautern	1 278	1,3	13 530	49,4	2,3	39,7	13,8	30,1	14,0	1 260
Kusel	905	0,9	12 290	44,9	3,2	37,1	13,1	26,9	19,6	895
Südliche Weinstraße	1 656	1,7	17 360	63,4	7,6	34,1	13,2	27,8	17,2	1 645
Ludwigshafen	1 539	1,6	11 910	43,5	2,9	31,1	18,7	40,0	7,3	1 514
Mainz-Bingen	3 231	3,3	19 960	72,9	5,6	44,8	17,9	22,4	9,3	2 819
Pirmasens	1 381	1,4	14 160	51,8	2,7	49,2	15,7	22,9	9,5	1 358
RB Rheinhessen-Pfalz	54 208	54,9	30 160	110,2	1,8	50,0	12,2	23,6	12,4	52 085
Rheinland-Pfalz	98 817	100,0	27 360	100,0	2,1	45,9	13,2	24,3	14,4	95 768
Kreisfreie Städte	45 449	46,0	47 110	172,2	-	47,1	13,0	23,3	16,2	44 167
Landkreise	53 368	54,0	20 160	73,7	3,6	44,9	13,4	25,2	13,0	51 600



# Bruttowertschöpfung des produzierenden Gewerbes in den Verwaltungsbezirken 1986



59/89

zeitraum zeigt sich auch wieder die Tendenz, daß per Saldo das Wachstum in den kreisfreien Städten (+ 33 %) höher liegt als in den Landkreisen (+ 28 %). Im Vergleich der Jahre 1986 zu 1984 ist dieser Effekt durch die Sonderentwicklung im Landkreis Mayen-Koblenz überlagert worden.

## Der Einfluß von Produktionssteuern und Subventionen

Die Eignung der Größe Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen für interregionale Leistungsvergleiche

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

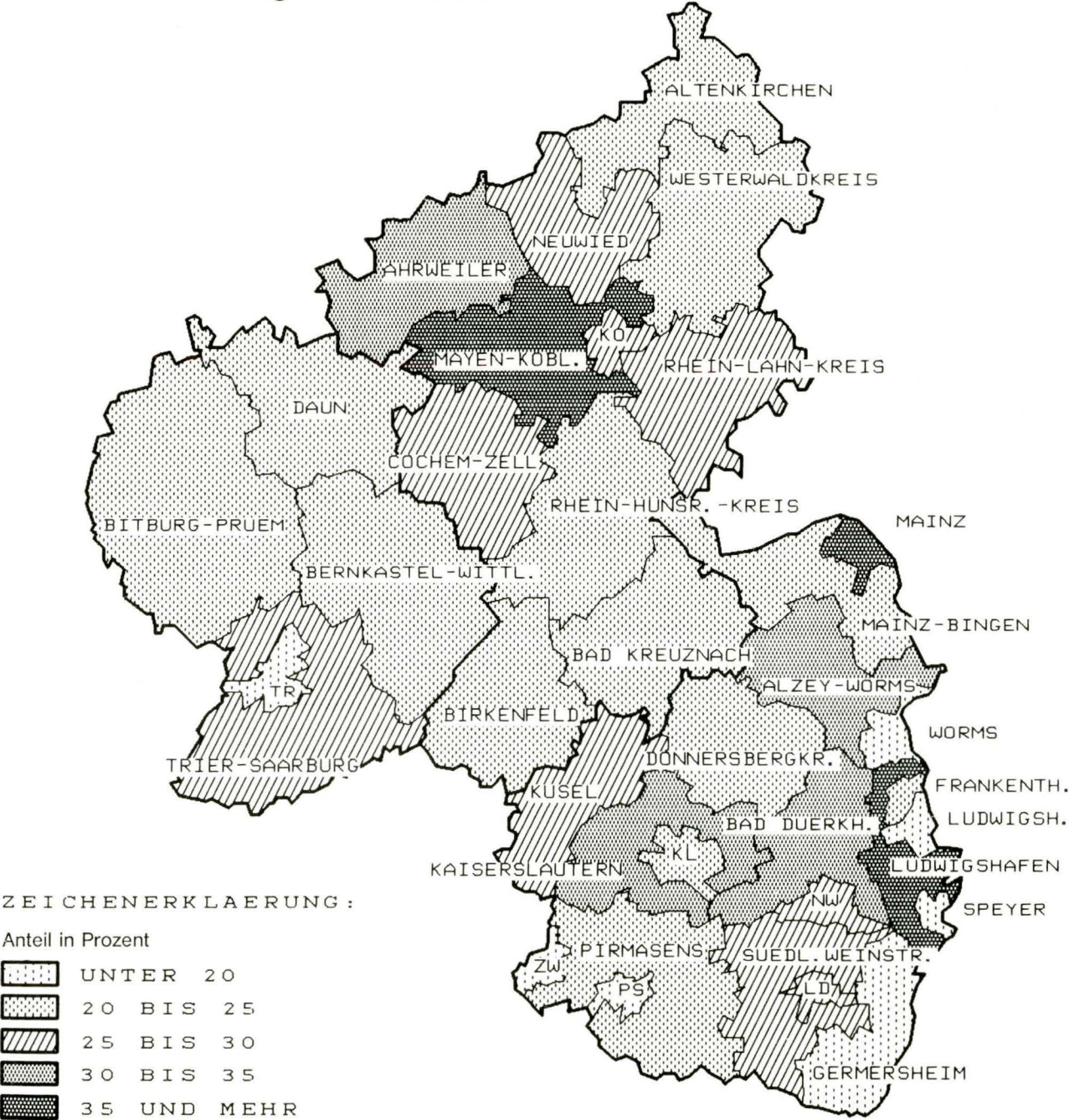
wird durch den Einfluß marktpreisdeterminierender Faktoren negativ berührt. Hierzu zählen insbesondere die von seiten des Staates erhobenen Produktionssteuern sowie die gewährten Subventionen. Die vom Aufkommen her wichtigsten Steuern sind dabei die Mineralölsteuer und die Tabaksteuer. Der geschilderte Effekt wird bei einem Vergleich der Ergebnisse der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen und der zu Faktorkosten deutlich. Nach erfolgter Bereinigung (Abzug des Saldos aus indirekten Steuern und Subventionen) liegt das Ergebnis zu Faktorkosten landesdurchschnittlich nur etwa 3 % unter dem zu Marktpreisen. Der Einfluß der



Veränderung der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen in den Verwaltungsbezirken 1984–1986

Verwaltungsbezirk	Insgesamt	Je Einwohner	Land- und Forstwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, priv. HH. u. priv. Org. ohne Erwerbszweck
	Veränderung in %						
Kreisfreie Stadt Koblenz	11,8	12,6	.	20,7	2,4	5,0	17,8
Landkreise							
Ahrweiler	8,0	8,3	– 7,5	1,3	8,0	10,5	20,9
Altenkirchen (Ww.)	11,0	11,8	– 0,4	12,0	7,2	13,5	8,8
Bad Kreuznach	6,3	6,7	– 2,1	4,9	1,9	10,5	11,1
Birkenfeld	7,8	9,4	– 4,8	7,8	5,6	9,2	8,9
Cochem-Zell	1,2	2,1	– 18,9	– 4,6	– 1,9	13,4	5,7
Mayen-Koblenz	31,6	32,6	– 15,1	12,6	9,8	95,8	5,7
Neuwied	12,1	12,3	– 7,7	15,2	4,1	13,0	7,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	12,1	14,1	– 12,6	19,2	8,1	12,8	1,5
Rhein-Lahn-Kreis	7,2	7,8	– 9,1	12,1	3,5	10,9	– 1,9
Westerwaldkreis	10,5	10,2	– 0,6	12,4	14,8	14,3	– 5,5
RB Koblenz	12,6	13,3	– 8,7	11,8	5,9	22,4	9,3
Kreisfreie Stadt Trier	7,0	8,6	.	5,0	– 0,5	8,7	17,3
Landkreise							
Bernkastel-Wittlich	6,2	6,8	– 18,6	10,2	8,0	11,2	– 1,1
Bitburg-Prüm	8,0	8,8	1,2	11,7	12,2	9,2	– 3,5
Daun	5,8	6,1	– 2,5	15,8	– 0,1	8,0	– 8,6
Trier-Saarburg	3,6	3,5	– 2,7	8,6	0,1	9,4	– 10,6
RB Trier	6,4	7,0	– 6,1	8,5	3,2	9,3	4,3
Kreisfreie Städte							
Frankenthal (Pfalz)	12,1	11,5	.	10,5	10,2	18,6	10,4
Kaiserslautern	8,4	10,0	.	8,6	8,6	9,2	6,8
Landau i. d. Pfalz	13,2	14,7	.	15,0	1,8	15,3	18,8
Ludwigshafen a. Rhein	5,7	7,7	.	6,4	– 6,6	9,1	10,0
Mainz	5,8	4,9	.	7,3	1,5	4,3	10,0
Neustadt a. d. Weinstr.	8,1	10,1	.	16,8	1,5	2,4	13,9
Pirmasens	10,2	12,3	.	13,4	9,1	6,8	5,2
Speyer	– 6,3	– 4,5	.	– 12,5	2,9	3,3	– 3,0
Worms	10,2	11,7	.	13,9	3,2	6,8	9,5
Zweibrücken	10,2	12,8	.	18,8	4,9	1,3	4,1
Landkreise							
Alzey-Worms	5,5	4,4	– 20,5	8,5	4,2	17,3	8,5
Bad Dürkheim	10,1	9,2	– 11,3	15,5	9,8	10,1	7,4
Donnersbergkreis	13,2	14,5	– 9,9	21,5	7,4	5,1	8,2
Germersheim	18,1	18,4	– 10,8	21,0	7,2	16,2	3,5
Kaiserslautern	10,2	10,9	– 8,2	7,3	7,6	16,1	13,2
Kusel	3,1	3,7	– 6,6	– 1,2	– 3,2	8,6	11,0
Südliche Weinstraße	6,3	6,1	– 19,4	12,9	5,5	12,2	1,0
Ludwigshafen	14,0	12,6	0,4	8,9	12,5	21,3	9,8
Mainz-Bingen	6,2	5,5	– 13,8	7,9	4,8	7,2	14,4
Pirmasens	4,0	4,4	– 7,2	2,5	9,8	9,0	– 4,5
RB Rheinhessen-Pfalz	7,7	8,0	– 13,0	9,3	3,6	8,4	8,2
Rheinland-Pfalz	9,2	9,6	– 10,2	9,9	4,4	13,3	8,1
Kreisfreie Städte	7,2	8,3	.	7,9	1,7	6,2	11,8
Landkreise	10,9	11,1	– 10,8	11,8	6,7	19,6	4,5

# Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen in den Verwaltungsbezirken 1986



58/89

Größen tritt jedoch in einigen Kreisen eklatant zu Tage. Im Kreis Germersheim weicht aufgrund der großen Bedeutung der Mineralölindustrie und des daraus resultierenden hohen Betrages an Produktionssteuern das Faktorkostenergebnis um fast 20 % nach unten ab. Ähnlich wirkt sich der starke Anteil der Tabakindustrie in der Stadt Trier aus. In Kreisen mit relativ hohem Anteil des Bereichs Land- und Forstwirtschaft an der Bruttowertschöpfung ergibt sich infolge eines großen Umfangs an Subventionszahlungen eine nur geringfügige Abweichung der beiden Ergebnisse. In den Kreisen Bernkastel-Wittlich und Alzey-Worms wird dies überdeutlich,

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

da dort ein höherer Wert für die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nachgewiesen wird. Das Faktorkostenkonzept kann trotz seiner Vorzüge jedoch nur als Ergänzung zum traditionellen Marktpreiskonzept verstanden werden, da die Vorteile durch entsprechende Probleme bei der regionalen Verteilung der Größen Produktionssteuern und Subventionen kompensiert werden.

## Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur

Das warenproduzierende Gewerbe spielt zwar in den meisten Verwaltungsbezirken des Landes eine maßgeb-



## Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen in den Regionen 1986

Region	Insgesamt		Je Einwohner		Land- und Forstwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat, priv. HH. u. priv. Org. ohne Erwerbszweck
	Mill. DM	Anteil in %	DM	Land = 100	Anteil in %				
Mittelrhein-Westerwald	28 441	28,8	25 460	93,1	1,5	40,1	14,0	27,6	16,8
Trier	11 035	11,2	23 570	86,2	4,6	42,7	15,6	20,8	16,3
Rheinhausen-Nahe	22 036	22,3	29 370	107,4	2,5	37,8	13,2	31,4	15,1
Rheinpfalz	26 135	26,4	34 010	124,3	1,6	60,4	10,1	17,4	10,4
Westpfalz	11 170	11,3	21 970	80,3	1,4	45,9	16,1	21,8	14,7
Rheinland-Pfalz	98 817	100,0	27 360	100,0	2,1	45,9	13,2	24,3	14,4

liche Rolle, jedoch lassen sich erhebliche Differenzen in der Wirtschaftsstruktur festhalten. So wird 1986 in den Verwaltungsbezirken Altenkirchen, Neuwied, Frankenthal, Ludwigshafen (Stadt), Worms, Donnersbergkreis und Germersheim jeweils über die Hälfte der gesamten Bruttowertschöpfung im warenproduzierenden Gewerbe erwirtschaftet. Mit über 30 % Anteil an der Bruttowertschöpfung übernehmen die Dienstleistungsunternehmen – sie umfassen die Kreditinstitute und Versicherungen, die Wohnungsvermietung sowie die sonstigen Dienstleistungen – in der Stadt Mainz sowie den Kreisen Ahrweiler, Mayen-Koblenz, Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Kaiserslautern und Ludwigshafen die tragende Rolle. Die Entwicklung der Stadt Koblenz wird mit einem Anteil von 30 % der Bruttowertschöpfung besonders durch den Bereich Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck geprägt. Der Bereich Handel und Verkehr ist seinerseits mit 20 % in den Städten Kaiserslautern, Neustadt und Pirmasens sowie im Landkreis Alzey-Worms relativ stark vertreten. Die Land- und Forstwirtschaft zeigt generell eine rückläufige Tendenz mit der Folge, daß dort im Landesdurchschnitt

nur noch 2,1 % der Bruttowertschöpfung erwirtschaftet werden. Größere Bedeutung hat die Landwirtschaft in den Kreisen Bitburg-Prüm, Trier-Saarburg sowie Alzey-Worms mit Anteilen von fast 10 %.

Im Vergleich der Jahre 1980 und 1986 läßt sich trotz des relativ kleinen Zeitraums auch eine tendenzielle Veränderung der Wirtschaftsstruktur feststellen. Über den Rückgang der Land- und Forstwirtschaft hinaus zeigt sich eine Verschiebung vom warenproduzierenden Gewerbe zu den Dienstleistungsunternehmen bei relativer Konstanz der Bereiche Handel und Verkehr sowie Staat, private Haushalte und private Organisationen. Besonders deutlich wird dies bei den Landeswerten. So ging der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung im genannten Zeitraum von 48 % auf 46 % zurück, während der der Dienstleistungsunternehmen von knapp 21 % auf über 24 % zugenommen hat. Diese Tendenz bestätigt sich in nahezu allen Kreisen.

Dr. Norbert Schmidt

## Altersgliederung der Erwerbstätigen 1970 und 1987

### Ergebnisse der Volkszählung

Aus den Angaben der Volkszählung 1987 können zu unterschiedlichen Themenbereichen Auswertungen vorgenommen werden. Ergebnisse über die Altersstruktur der Erwerbstätigen sind hierbei von besonderem Interesse. Für die Analyse und Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung kommt diesen Daten eine zentrale Bedeutung zu.

Bei der Altersgliederung der Erwerbstätigen ist zu beachten, daß Zu- und Abnahmen in den einzelnen Altersgruppen sowohl demographisch als auch verhaltensbedingt sein können. Die demographischen Faktoren (Sterblichkeit, Fruchtbarkeit und Wanderungssaldo) bestimmen Größe und Struktur der Gesamtbevölkerung und somit die mögliche Zahl der Erwerbspersonen. Inwieweit dieser Rahmen ausgeschöpft wird, hängt von dem vor allem durch Geschlecht und Alter bestimmten Erwerbsverhalten jedes einzelnen ab. So weisen auch heute noch Frauen eine geringere Erwerbsbeteiligung

als Männer auf. Auch zwischen den einzelnen Altersgruppen gibt es deutliche Unterschiede.

### Unterschiedliche Entwicklung bei den jüngeren Altersgruppen:

#### Abnahme bei den 15- bis 20jährigen, Zunahme bei den 20- bis 30jährigen

Die Altersgruppe der 15- bis 20jährigen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz nahm zwischen 1970 und 1987 von 185 900 auf 110 900 ab. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen belief sich im Mai 1987 nur noch auf rund 7 %. Dem enormen Rückgang an jüngeren Erwerbstätigen steht eine vergleichsweise geringe Abnahme (– 11 500) bei der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe gegenüber. Für die stark geschrumpfte Gruppe der 15- bis 20jährigen Erwerbstätigen dürfte in erster Linie die längere schulische Ausbildung vieler Jugendlicher verantwortlich sein. Die Jugendlichen treten in einem höheren Lebensalter ins Berufsleben ein



Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht 1970 und 1987

Alter	1970			1987		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
unter 15 Jahre	897 294	459 720	437 574	534 552	274 070	260 482
15 – 20 Jahre	270 373	138 817	131 556	258 850	132 476	126 374
20 – 30 Jahre	435 023	223 570	211 453	600 589	309 468	291 121
30 – 40 Jahre	510 171	264 208	245 963	512 021	262 051	249 970
40 – 50 Jahre	472 521	217 496	255 025	478 454	245 266	233 188
50 – 60 Jahre	369 407	154 680	214 727	469 125	237 205	231 920
über 60 Jahre	690 648	279 721	410 927	777 232	287 058	490 174
Insgesamt	3 645 437	1 738 212	1 907 225	3 630 823	1 747 594	1 883 229

als dies in früheren Jahren üblich war. Das veränderte Bildungsverhalten der jungen Generation spiegelt sich auch in der von 69 auf 43 % gesunkenen Erwerbstätigenquote dieser Altersgruppe wider.

Demgegenüber hat die Gruppe der 20- bis 30jährigen Erwerbstätigen eine spürbare Zunahme zu verzeichnen. Ihre Zahl stieg von 319 000 auf fast 434 000. Mit rund 28 % stellt sie heute, im Vergleich zu den anderen Altersgruppen, den größten Anteil an Erwerbstätigen. Diese Entwicklung beruht größtenteils auf einem starken Anstieg der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe. So wurden im Mai 1987 gut 600 000 20- bis 30jährige gezählt. Dies sind rund 166 000 oder 38 % mehr als 1970. Die geburtenstarken Jahrgänge, die zum Zeitpunkt der Volkszählung 1987 in einem Alter von 20 bis 25 Jahre alt waren, haben hierzu maßgeblich beigetragen.

Immer mehr junge Frauen erwerbstätig

Eine nur leichte Zunahme errechnet sich bei den 30- bis 40jährigen Erwerbstätigen. Seit 1970 stieg ihre Zahl von 356 700 auf gut 370 100 an. Dieser Gesamtveränderung liegen allerdings gegenläufige Entwicklungen bei den Geschlechtern zugrunde. So ging die Zahl der männlichen Erwerbstätigen um rund 18 000 zurück, die der Frauen hingegen stieg von 97 800 auf fast 130 000 an. Während somit seit 1970 die Zahl der 30- bis 40jährigen erwerbstätigen Frauen um rund 32 000 zunahm, erhöhte sich die weibliche Bevölkerung dieser Altersgruppe nur um 4 000. Der weitaus größte Teil der Zunahme um 32 000 läßt sich folglich durch eine gestiegene Erwerbsbeteiligung der Frauen dieser Altersgruppe erklären. Dies kommt auch in der von 40 auf 52 % gestiegenen Erwerbstätigenquote zum Ausdruck. Eine ähnliche Entwicklung ist bei der Gruppe der 20- bis 30jährigen Frauen zu verzeichnen. Ihre Erwerbstätigenquote erhöhte sich von 53 auf 63 %.

Spürbarer Rückgang bei den älteren Erwerbstätigen

Erheblich abgenommen hat die Zahl der über 60jährigen Erwerbstätigen. Während 1970 noch fast 135 200 Personen in dieser Altersgruppe gezählt wurden, waren es im Mai 1987 nur noch rund 51 500. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen fiel von 8,9 auf 3,3 %. Die Ursache hierfür dürfte in der schon seit Jahren

angespannten Arbeitsmarktsituation insbesondere für ältere Arbeitnehmer liegen. Hierdurch sahen sich viele von ihnen veranlaßt, die vom Gesetzgeber geschaffenen Möglichkeiten eines vorzeitigen Rentenbezugs zu nutzen. So entfiel beispielsweise im Jahre 1985 von den rund 300 000 Rentenzugängen im gesamten Bundesgebiet nur noch ein Sechstel auf die Altersrenten ab 65 Jahren; im Jahre 1970 waren es noch 56 % gewesen.

1987 etwas günstigere Altersstruktur als 1970

Für eine Gesamtbeurteilung der Veränderungen in der Altersstruktur bietet es sich an, die Erwerbstätigen in zwei Gruppen, in eine Gruppe jüngerer (unter 40 Jahre) und in eine Gruppe älterer (40 Jahre und mehr) Erwerbstätiger zusammenzufassen. Der Anteil der unter 40jährigen stieg seit 1970 von 56,5 auf 58,3 %. Es hat somit eine leichte Verjüngung der Erwerbstätigen stattgefunden. Hierzu haben sowohl die geburtenstarken Jahrgänge als auch die gestiegene Erwerbsbeteiligung der jüngeren Frauen beigetragen. So ist der Anteil der unter 40jährigen erwerbstätigen Frauen von 57 auf 64 % gestiegen, während der der Männer (55 %) sich nur wenig veränderte. Zudem erhöhte sich seit 1970 die Zahl der erwerbstätigen Frauen stärker als die der Männer, und deren günstige Altersstruktur beeinflusste die Gesamtaltersstruktur der Erwerbstätigen positiv.

Weiterhin hohes Durchschnittsalter in der Land- und Forstwirtschaft

Schon seit Jahrzehnten ist die Land- und Forstwirtschaft einem starken Schrumpfungsprozeß ausgesetzt.

Erwerbstätigenquoten<sup>1)</sup> nach Altersgruppen und Geschlecht 1970 und 1987

Alter	1970			1987		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	%					
15 – 20 Jahre	68,8	70,6	66,9	42,9	47,4	38,1
20 – 30 Jahre	73,3	92,3	53,3	72,2	80,5	63,5
30 – 40 Jahre	69,9	98,0	39,8	72,3	91,8	51,9
40 – 50 Jahre	67,6	96,3	43,2	70,4	92,1	47,7
50 – 60 Jahre	56,0	87,2	33,5	57,1	80,5	33,1
über 60 Jahre	19,6	32,9	10,5	6,6	12,1	3,4

1) Erwerbstätige bezogen auf Bevölkerung



Erwerbstätige nach Altersgruppen und Geschlecht 1970 und 1987

Alter	1970						1987					
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
15 – 20 Jahre	185 923	12,2	97 939	9,8	87 984	16,8	110 943	7,1	62 844	6,3	48 099	8,5
20 – 30 Jahre	319 002	20,9	206 341	20,6	112 661	21,5	433 902	27,6	249 142	24,8	184 760	32,6
30 – 40 Jahre	356 668	23,4	258 846	25,9	97 822	18,7	370 124	23,6	240 488	23,9	129 636	22,9
40 – 50 Jahre	319 518	21,0	209 434	21,0	110 084	21,0	336 937	21,4	225 793	22,5	111 144	19,6
50 – 60 Jahre	206 838	13,6	134 925	13,5	71 913	13,7	267 931	17,1	191 056	19,0	76 875	13,6
über 60 Jahre	135 196	8,9	92 124	9,2	43 072	8,2	51 526	3,3	34 872	3,5	16 654	2,9
Insgesamt	1 523 145	100,0	999 609	100,0	523 536	100,0	1 571 363	100,0	1 004 195	100,0	567 168	100,0

Die Gesamtzahl der dort beschäftigten Erwerbstätigen ging seit 1970 von rund 164 000 auf knapp 72 000 zurück. Hiervon waren alle Altersgruppen, allerdings in unterschiedlichem Ausmaße, betroffen. Besonders stark war die Abnahme bei den über 60jährigen Erwerbstätigen. Viele aus dieser Altersgruppe machten von der Möglichkeit eines vorzeitigen Überwechsels in den Ruhestand Gebrauch.

Den 50- bis 60jährigen stehen solche Möglichkeiten nicht zur Verfügung. Da sie zudem aufgrund ihres Alters kaum die Chance auf eine andere Beschäftigung haben, überrascht es nicht, daß sich ihre Zahl nur wenig verringerte.

Trotz dieser Veränderungen sind in der Land- und Forstwirtschaft auch 1987 überdurchschnittlich viele ältere Erwerbstätige beschäftigt. Während von allen Erwerbstätigen erst 42 % das 40. Lebensjahr überschritten hatten, lagen in der Land- und Forstwirtschaft 61 % über dieser Altersgrenze.

Überwiegend jüngere Erwerbstätige im Dienstleistungsbereich

Die Zahl der im Dienstleistungsbereich beschäftigten Erwerbstätigen nahm seit 1970 von 402 000 auf gut 585 000 zu. Hieran waren außer den 15- bis 20jährigen und den über 60jährigen Erwerbstätigen alle Altersgruppen beteiligt. Besonders stark war die Zunahme bei den jüngeren Erwerbstätigen. So stieg die Zahl der 20- bis

30jährigen von 101 800 auf rund 177 000. 30 % aller Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich gehören somit dieser Altersgruppe an. Mit rund 26 % liegt der Anteil der 30- bis 40jährigen ähnlich hoch.

Ein Vergleich mit den Durchschnittswerten zeigt, daß die Altersgruppen der 20-bis 30- und die der 30- bis 40jährigen im Dienstleistungsbereich überdurchschnittlich stark besetzt sind. Dort sind fast 62 % der Beschäftigten unter 40 Jahre. Kein anderer Wirtschaftsbereich weist eine solch hohe Quote an jüngeren Erwerbstätigen auf.

Hoher Anteil an 15- bis 20jährigen im produzierenden Gewerbe

Im produzierenden Gewerbe ist die Altersgruppe der 15- bis 20jährigen überdurchschnittlich stark vertreten. Dies dürfte in erster Linie auf die hohe Ausbildungsbereitschaft der Betriebe im produzierenden Gewerbe zurückzuführen sein. In keinem anderen Wirtschaftsbereich liegt nämlich der Anteil der Auszubildenden an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen so hoch wie dort.<sup>1)</sup>

Auch der Anteil der über 60jährigen weicht im produzierenden Gewerbe von der Durchschnittsquote stark ab. So hatten von allen Erwerbstätigen 3,3 % das 60. Lebensjahr überschritten, im produzierenden Gewerbe waren dies nur 2,1 %. Die Ursachen hierfür liegen in den Arbeitsbedingungen dieses Sektors. Körperlich stark beanspruchende Tätigkeiten treten dort noch häufiger auf als in den anderen Wirtschaftsbereichen, so daß gerade ältere Arbeitskräfte den Belastungen oft nicht mehr gewachsen sind.

1) Vgl. K.-H. Merkle, Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf 1970 und 1987. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jahrgang 42, Heft 3, März 1989.

Erwerbstätige nach Altersgruppen und Wirtschaftsbereichen 1970

Alter	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft		Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
15 – 20 Jahre	185 923	8 727	5,3	91 751	13,1	39 788	15,5	45 657	11,4
20 – 30 Jahre	319 002	15 622	9,5	151 066	21,6	50 513	19,6	101 801	25,3
30 – 40 Jahre	356 668	33 499	20,5	191 887	27,4	53 576	20,8	77 706	19,3
40 – 50 Jahre	319 518	39 067	23,9	141 958	20,3	55 007	21,4	83 486	20,8
50 – 60 Jahre	206 838	27 594	16,9	81 523	11,6	37 226	14,5	60 495	15,0
über 60 Jahre	135 196	39 215	24,0	41 663	6,0	21 338	8,3	32 980	8,2
Insgesamt	1 523 145	163 724	100,0	699 848	100,0	257 448	100,0	402 125	100,0



## Erwerbstätige nach Altersgruppen und Wirtschaftsbereichen 1987

Alter	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft		Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
15 – 20 Jahre	110 943	3 502	4,9	54 950	8,5	18 815	7,1	33 676	5,8
20 – 30 Jahre	433 902	11 946	16,6	173 549	26,7	71 413	27,0	176 994	30,3
30 – 40 Jahre	370 124	12 774	17,8	145 400	22,4	62 593	23,7	149 357	25,5
40 – 50 Jahre	336 937	14 253	19,8	142 785	22,0	59 104	22,3	120 795	20,6
50 – 60 Jahre	267 931	20 981	29,2	119 799	18,4	42 539	16,1	84 612	14,5
über 60 Jahre	51 526	8 493	11,8	13 411	2,1	10 021	3,8	19 601	3,4
Insgesamt	1 571 363	71 949	100,0	649 894	100,0	264 485	100,0	585 035	100,0

### Große Bedeutung der Altersstruktur für die wirtschaftliche Entwicklung

Der Altersstruktur der Erwerbstätigen kommt für die wirtschaftliche Entwicklung eine erhebliche Bedeutung zu. So wird in aller Regel die Bereitschaft, aus arbeitsmarktpolitischen Gründen einen Wohnortwechsel vorzunehmen oder sich neues berufliches Wissen anzueignen, bei jüngeren Arbeitskräften stärker ausgeprägt sein als bei älteren. Eine Verjüngung der Erwerbstätigen dürfte folglich den auf Mobilität angewiesenen wirtschaftlichen Strukturwandel erleichtern.

Die seit 1970 zu beobachtenden Veränderungen in der Altersstruktur der Erwerbstätigen haben den wirtschaftlichen Strukturwandel begünstigt. Hierzu haben die geburtenstarken Jahrgänge, aber auch die gestie-

gene Erwerbsbeteiligung der jüngeren Frauen beigetragen. Ihr Eintritt ins Berufsleben erleichterte den Wachstumsbereichen, namentlich dem Dienstleistungssektor, die Deckung des steigenden Personalbedarfs.

Seit Mitte der 80er Jahre beginnt sich diese für die Wachstumsbereiche vorteilhafte Situation zu ändern. Die geburtenstarken Jahrgänge werden nach und nach durch die geburtenschwachen Jahrgänge abgelöst. Folglich wird die Zahl der jüngeren Arbeitskräfte zurückgehen, die der älteren hingegen ansteigen. Das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen wird in den kommenden Jahren zunehmen. Aufgrund dieser demographischen Veränderungen werden auch die älteren Erwerbstätigen verstärkt die Last des wirtschaftlichen Strukturwandels mittragen.

Diplom-Volkswirt Karl-Heinz Merkle

## Der Mikrozensus – ein zentrales statistisches Instrument<sup>\*)</sup>

### Aufgaben, rechtliche Grundlage und Verfahren

Der Mikrozensus ist das wichtigste bevölkerungs- und erwerbsstatistische Instrument zwischen den Volkszählungen. Seit 1957 liefert der Mikrozensus schnell und zuverlässig statistische Angaben über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, die als Entscheidungsgrundlage für eine sozialstaatliche Politik zugunsten aller Bürger unentbehrlich sind. Mit dem Mikrozensusgesetz von 1985 wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen, in der die verfahrensrechtlichen Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts an Bevölkerungsbefragungen berücksichtigt werden. Die neu formulierten Regelungen des Mikrozensusgesetzes setzen in wesentlichen Teilen die Tradition statistischer Rechtsvorschriften fort. Datenschutz und Statistikgeheimnis sind seit jeher zentrale Prinzipien für das Selbstverständnis der amtlichen Statistik.

### Vorbemerkungen

Von 1957 bis 1982 und nach einer zweijährigen Unterbrechung ab 1985 werden jährlich in der Bundesrepublik Deutschland von der amtlichen Statistik repräsentative Haushaltsbefragungen, der sogenannte Mikrozensus, durchgeführt. Der Mikrozensus liefert kurzfristig zuverlässige Daten über die demographische Gliederung, über Struktur und Veränderung der Erwerbstätigkeit, über die soziale Sicherung (Krankenversicherung, Altersversorgung u. ä.) sowie über die soziale Situation der Gesamtbevölkerung.

Der Mikrozensus in Form einer Flächenstichprobe mit Auswahlätzen von 0,1 bis 1 vom Hundert der Bevölkerung liefert eine Vielzahl von Informationen. Der derzeitige Stichprobenplan des Mikrozensus ist so angelegt, daß repräsentative Ergebnisse in tiefer sachlicher Gliederung für Bundesländer nachgewiesen werden können. Wichtige Eckzahlen etwa über die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung oder über Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen oder nach der Stellung im Beruf können auch für Regierungsbezirke dargestellt werden. Ausgewählte Daten über die Struktur der Privathaushalte

<sup>\*)</sup> Der Beitrag wird mit freundlicher Genehmigung des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung gedruckt. Er wurde bereits in Bayern in Zahlen 1/1988 veröffentlicht. Der Text enthält kleinere auf die Interviewfähigkeit in Rheinland-Pfalz abgestellte Änderungen.



halte werden nach Gemeindegrößenklassen veröffentlicht. Die Aussagekraft der Ergebnisse ist allerdings notwendigerweise in zweierlei Hinsicht begrenzt. Dies hängt zum einen mit der Auswahlgesamtheit und zum anderen mit der möglichen regionalen und fachlichen Gliederung zusammen.

Das Verfahren der Schichtung der Auswahlgesamtheit, also die Gruppierung der Auswahlseinheiten (Flächen) in möglichst homogene Teilgesamtheiten, dient der Steigerung der Ergebnisgenauigkeit. Bei der Auswahl der Stichprobe soll ein Miniaturbild der Gesamtheit der Darstellungseinheiten (Personen bzw. Haushalte) entstehen, die in den Auswahlbezirken wohnenden Personen sollen repräsentativ für die gesamte Bevölkerung sein. Grundlage des derzeitigen Auswahlplans sind die Ergebnisse der Volkszählung 1970. Der Auswahlplan wird dadurch aktualisiert, daß die Neubautätigkeit in den Mikrozensusgemeinden beobachtet und berücksichtigt wird, solange die Gemeinde in der Stichprobe ist. Die vollständige Erfassung der Neubautätigkeit ist in der Praxis jedoch nur mit gewissen Einschränkungen zu realisieren. Dies und die u. a. wegen der Gebietsreform nicht mehr aktuelle Schichtung des Auswahlplans stellt eine systematische Fehlerquelle dar, die erst beseitigt werden kann, wenn der Auswahlplan auf der Grundlage der Ergebnisse der Volkszählung 1987 überarbeitet werden kann. Eine Flächenstichprobe wie der Mikrozensus ist also in größeren Zeitabständen für die eigene Justierung auf Basisinformationen angewiesen, die nur bei einer Totalerhebung gewonnen werden können.

Je tiefer die regionale und/oder die fachliche Gliederung der Darstellungseinheiten ist, desto kleiner werden die beobachteten Teilmassen. Bereits bei der Kombination relativ weniger Merkmale werden die Fallzahlen so klein, daß auf Regierungsbezirksebene und auch auf Landesebene die Grenzen der Aussagefähigkeit überschritten werden. Dieses Genauigkeitsproblem (Zufallsfehler) ist darauf zurückzuführen, daß nicht alle, sondern nur zufällig ausgewählte Einheiten der untersuchten Gesamtheit in die Stichprobe einbezogen werden. Der Wert eines zufallsbedingten Stichprobenfehlers läßt sich seiner Größenordnung nach abschätzen, ohne daß zusätzliches statistisches Material benötigt wird<sup>1)</sup>. Bei hochgerechneten Besetzungszahlen unter 5 000 ist der Aussagewert so gering, daß auf den Nachweis von Ergebnissen verzichtet wird. Werte zwischen 5 000 und 10 000 werden wegen ihrer eingeschränkten Aussagekraft in Klammern gesetzt.

Der neue Auswahlplan für den künftigen Mikrozensus ermöglicht zwar durch eine veränderte Schichtung eine weitergehende regionale Darstellung, etwa für Ballungsgebiete, aber auch hier bleibt eine Mindestbesetzungszahl Voraussetzung für gesicherte Ergebnisse.

### **Zentrales statistisches Instrument**

Das Gesamtsystem der amtlichen Statistik ist ein aufeinander abgestimmtes Informationsgefüge aus kurz-, mittel- und langfristigen Erhebungen. Der Mikrozensus, der zwischen der Volkszählung und anderen Großzäh-

lungen auf der einen Seite und amtlichen Spezialerhebungen auf der anderen Seite steht, hat in diesem System eine zentrale Bedeutung. Der Mikrozensus stellt aktuelles Zahlenmaterial über die Bevölkerungsstruktur und die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung bereit, im wesentlichen für die Bundesrepublik Deutschland als Ganzes und die Bundesländer. Dabei werden für diese Beobachtungsfelder die Ergebnisse von der Person ausgehend auch im Familien- und Haushaltszusammenhang aufgezeigt.

### **Verwendungszweck**

Das statistische Gesamtsystem stellt einen wesentlichen Bestandteil der informellen Infrastruktur unserer Gesellschaft dar, dessen Nutzung über entsprechende Veröffentlichungen und andere Arten der Datenbereitstellung allen gesellschaftlich relevanten Gruppen möglich ist. Auch der einzelne Bürger kann diese Serviceleistungen in Anspruch nehmen; dies zeigt eine Vielzahl von Anfragen bei den Statistischen Landesämtern. Dennoch ist für den betroffenen Bürger die Notwendigkeit statistischer Erhebungen oft nicht recht verständlich, da der Zusammenhang zwischen Erhebung, aus deren Ergebnissen Informationen für die Vorbereitung politischer Entscheidungen gewonnen werden, und den ihn direkt berührenden Auswirkungen nicht unmittelbar sichtbar wird.

Für Parlament, Regierung, Verwaltung und Wissenschaft ist der Mikrozensus unverzichtbare Datenquelle. Mikrozensusergebnisse werden in Regierungsberichten, wie etwa in den jährlichen Rentenanpassungsberichten, in den Familien- und Jugendberichten u. a. m., verwendet. Regierungskommissionen, wie die Transfer-Enquete-Kommission, benötigen die Daten ebenso wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung oder die Bundesanstalt für Arbeit, die ihre Aufgabe der laufenden Arbeitsmarkt- und Berufsforschung nur unter Heranziehung von Ergebnissen aus den Mikrozensusserhebungen erfüllen kann. Zur Feststellung möglichen staatlichen Handlungsbedarfs auf Gebieten wie der Wohnungs-, Arbeitsmarkt-, Familien-, Steuer- und Sozialpolitik sind Daten über Haushalte ebenso unverzichtbar wie zur Erfolgskontrolle entsprechender Maßnahmen.

Auch eine Vielzahl von wissenschaftlichen Institutionen arbeitet u. a. für Forschungsvorhaben der Bundes- und Landesregierungen mit Mikrozensusergebnissen. Markt- und Meinungsforschungsinstitute sind für ihre Auswahlpläne, zur Kontrolle und zur Hochrechnung ihrer Stichprobenergebnisse auf verlässliche Rahmen- daten aus dem Mikrozensus angewiesen.

### **Beispiele für die Nutzung**

Im folgenden soll anhand einiger ausgewählter Beispiele konkretisiert werden, welchen Verwendungszwecken Angaben des Mikrozensus dienen. Die Bundesanstalt für Arbeit ermittelt die amtlichen Arbeitslosenquoten unter Verwendung der aktuellen Mikrozen-



susergebnisse, die in die Berechnung der Bezugswahlen eingehen. Die für die Darstellung regionaler und gruppenspezifischer Arbeitslosenquoten erforderlichen Zahlen der abhängigen Erwerbspersonen werden auf der Grundlage von Mikrozensusergebnissen berechnet. Die amtlichen Arbeitslosenquoten sind u. a. ein Kriterium zur Bestimmung der Fördergebiete der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Auch für die Vergabe von Mitteln aus dem Sozial- und Regionalfonds der Europäischen Gemeinschaft werden diese amtlichen Quoten herangezogen.

Ein weiterer Schwerpunkt im Programm des Mikrozensus ist die Darstellung der Wohnsituation der Haushalte, über die die Auskunftspflichtigen jedes zweite Jahr befragt werden. Der Staat greift vielfältig regulierend und fördernd in den Wohnungsmarkt ein. Ob es sich um die Förderung von Wohnungseigentum oder um die Modernisierung von Wohnungen handelt, ob es um die Regelung der Miethöhe oder die Ausgestaltung des Wohngeldes geht:

Die staatliche Wohnungspolitik ist auf umfassende und aktuelle Daten über Struktur und Veränderung der Wohnungsversorgung angewiesen. Im vorletzten Jahr fand in Verbindung mit der Volkszählung 1987 erstmals seit 19 Jahren wieder eine totale Gebäude- und Wohnungszählung statt. In den Zwischenjahren wurde zweimal, 1972 und 1978, eine 1%-Wohnungsstichprobe als Teil des Mikrozensus durchgeführt, deren Ergebnisse über Mietbelastung und Unterbringung der Haushalte daher für die laufende Beobachtung der Entwicklung des Wohnungsmarktes unverzichtbar sind.

In der zur Zeit in der Öffentlichkeit geführten Diskussion über die künftige Gestaltung der Sozialversicherungssysteme werden eine Reihe von Fragen aufgeworfen, zu deren Beantwortung der Mikrozensus wesentlich beitragen kann. Wie wird sich der Versichertenbestand in demographischer Gliederung und nach dem Versicherungsverhältnis in der gesetzlichen Rentenversicherung entwickeln? Die Darstellung des Versichertenbestandes in der genannten Untergliederung im Rahmen des jährlichen Renten Anpassungsberichts der Bundesregierung ist bislang nur unter Verwendung von Mikrozensusergebnissen möglich. Diese Daten bilden zusammen mit ebenfalls aus Ergebnissen des Mikrozensus abgeleiteten Annahmen über das Erwerbsverhalten der einzelnen Bevölkerungsgruppen die Grundlage für die langfristige Vorausschätzung der Rentenversicherung und damit der Einnahmen der Rentenversicherung, die jährlich in diesem Regierungsbericht vorgelegt werden müssen. Die über den Mikrozensus bereitgestellten Zahlen haben bereits vielfach zur Vorbereitung gesetzgeberischer Maßnahmen auf diesem Gebiet, etwa bei der Vorruhestandsregelung oder der Einführung der flexiblen Altersgrenze, beigetragen.

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß die vom Mikrozensus gelieferten Informationen als Entscheidungsgrundlage für eine sozialstaatliche Politik in Bund, Ländern und Gemeinden zugunsten aller Bürger unentbehrlich sind.

## Mikrozensusgesetz 1985

Nach dem Erlass der einstweiligen Anordnung des Bundesverfassungsgerichts vom 13. April 1983<sup>2)</sup>, mit dem die Volkszählung 1983 bis zur endgültigen Entscheidung über die Verfassungsbeschwerden ausgesetzt wurde, war unsicher, ob das erst kurz zuvor in Kraft getretene Mikrozensusgesetz<sup>3)</sup> mit der Genauigkeit und Zuverlässigkeit durchgeführt werden kann, die von dieser Erhebung gefordert wird. Zudem war zu erwarten, daß in der höchstrichterlichen Entscheidung grundsätzliche Fragen zur Durchführung und Organisation bei Bevölkerungsbefragungen behandelt werden. Daher wurde die Durchführung des Mikrozensus 1983 und 1984 ausgesetzt, um den gesetzgeberischen Anforderungen des Volkszählungsurteils Rechnung zu tragen<sup>4)</sup>. Das novellierte Mikrozensusgesetz ist am 11. 6. 1985 in Kraft getreten<sup>5)</sup>.

## Wesentliche Neuregelungen im Mikrozensusgesetz von 1985

Im neuen Mikrozensusgesetz (MZG) von 1985 werden die vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 15. Dezember 1983 zur Volkszählung 1983 an statistische Rechtsvorschriften gestellten Anforderungen voll berücksichtigt. Damit wurde zwar keine grundsätzlich neue Verfahrensweise bei der Erhebung und der Aufbereitung nötig, bei der Organisation und der Durchführung hat sich aber einiges geändert. Die wichtigsten Neuregelungen sind:

- Das Mikrozensusgesetz 1985 unterscheidet grundsätzlich zwischen zwei Merkmalskategorien. Hilfsmerkmale (§§ 3,6 MZG) wie Namen und Anschrift dienen ausschließlich der ordnungsgemäßen Durchführung der Erhebung<sup>6)</sup>. Sie sind frühzeitig von den Erhebungsmerkmalen (§§ 3,5 MZG), den Merkmalen über die persönlichen und sachlichen Verhältnisse der Befragten, zu trennen und gesondert aufzubewahren. Zur Kennzeichnung der statistischen Zusammenhänge, etwa zwischen Personen und Haushalten, werden Ordnungsnummern (§ 4 MZG) verwendet.
- Eingriffe in das Recht des Bürgers auf informationelle Selbstbestimmung bedürfen einer gesetzlichen Regelung — dies ist bereits in § 6 Abs. 1 des Bundesstatistikgesetzes von 1953<sup>7)</sup> berücksichtigt —, die dem rechtsstaatlichen Gebot der Normenklarheit und der Verhältnismäßigkeit entspricht. In § 1 Abs. 2 MZG ist der Normzweck erstmals gesetzlich geregelt. Die Erhebungsmerkmale werden in § 5 MZG gegenüber früheren Regelungen wesentlich präziser beschrieben. Der Inhalt der Fragen wird nach § 10 Abs. 1 MZG in einer eigenen Rechtsverordnung festgelegt<sup>8)</sup>.
- Umfangreiche Regelungen zum Trennen und Löschen tragen dem Datenschutz voll Rechnung (§ 11 MZG). Ergänzend ist ein strafbewährtes Verbot der Reidentifizierung zum Schutz der Befragten aufgenommen worden (§ 15 MZG), das durch die Bestimmungen in § 21 des neuen Bundesstatistikgesetzes ergänzt wird<sup>9)</sup>.



- In § 12 MZG wird erstmals die schriftliche Informationspflicht der Statistischen Landesämter im Rahmen des Mikrozensus festgelegt. Dabei werden im einzelnen die Punkte benannt, über die die Auskunftspflichtigen zu unterrichten sind.
- Über die bereits im ersten Mikrozensusgesetz von 1957 normierte Verpflichtung hinaus, Interviewer auszuwählen, die Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten, wurden weitere Regelungen über Auswahl, Rechte und Pflichten der Interviewer in § 8 MZG aufgenommen.

## Verfahrensvorschriften

Die wichtigsten Verfahrensvorschriften des neuen MZG beziehen sich auf die Durchführung und die Organisation der Erhebung.

Hervorzuheben ist vor allem – wie bereits erwähnt – die Unterscheidung zwischen Erhebungsmerkmalen, die zur statistischen Informationsverarbeitung bestimmt sind, und Hilfsmerkmalen, die der Durchführung der Stichprobe dienen. Die Hilfsmerkmale werden nach § 11 MZG vor der Übernahme der Erhebungsmerkmale auf die für die maschinelle Weiterverarbeitung bestimmten Datenträger getrennt und gesondert aufbewahrt. Diese Unterscheidung ist jedoch für den Mikrozensus keineswegs neu. Bereits im Mikrozensusgesetz von 1975 wurde festgelegt, daß Name und Anschrift ausschließlich als internes „Hilfsmittel“ bei der Bearbeitung in den Erhebungsstellen verwendet werden können. § 11 Abs. 3 MZG stellt sicher, daß die erhobenen Einzelangaben im Aufbereitungsverfahren frühzeitig jeden persönlichen Bezug verlieren. Die Aufbewahrungsfrist für die Erhebungsvordrucke ist nun im Erhebungsgesetz selbst festgeschrieben.

Es gehört im übrigen zum Selbstverständnis der amtlichen Statistik, dem Datenschutz in umfassender Form Rechnung zu tragen<sup>10)</sup>. Das Statistikgeheimnis dient dem Schutz der Befragten. Genaue und verlässliche Daten können nur dann erhoben werden, wenn der Auskunftspflichtige Bürger auf die Geheimhaltung seiner persönlichen Angaben vertrauen kann. Die statistische Geheimhaltung zählte stets zu den am besten gehüteten Geheimnissen. Seit Einführung des Mikrozensus im Jahre 1957 ist eine Weitergabe von Einzelangaben an Dritte generell untersagt.

## Auskunftspflicht

Von den Ergebnissen des Mikrozensus wird ein hohes Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit verlangt. Die Ergebnisse sollen in tiefer fachlicher Gliederung vorliegen, sie sollen keine Verzerrungen aufweisen und ihre Zuverlässigkeit muß durch eine Fehlerrechnung nachprüfbar sein. Für Zufallsstichproben, wie den Mikrozensus, kommt es entscheidend auf die Einhaltung des Auswahlplanes an, d. h. auf die vollständige Erfassung aller ausgewählten Erhebungseinheiten. Deshalb kann ein einmal zufällig ausgewählter Haushalt nicht gegen einen anderen ausgetauscht werden, da hierdurch, aber ebenso durch die Nichtbeteiligung ausgewählter Personen oder Haushalte, die Ergebnisse verzerrt, also unge-

nauer werden. Der Gesetzgeber hat nach ausführlicher Beratung auch im neuen Mikrozensusgesetz an der Auskunftspflicht zu nahezu allen Erhebungsmerkmalen festgehalten, da nach dem gegenwärtigen methodischen Erkenntnisstand nur auf diese Weise Ergebnisse zu erwarten sind, die den gestellten Anforderungen entsprechen. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Auskunftspflicht wurde 1969 vom Bundesverfassungsgericht bestätigt<sup>11)</sup>. Bereits im Mikrozensusgesetz 1983 war jedoch erstmalig festgelegt, daß die Beantwortung der Fragen zu Urlaubs- und Erholungsreisen sowie der Fragen zur Gesundheit auf freiwilliger Basis erfolgt. Für die Fragen zur Gesundheit bestand im übrigen bereits bei der Mikrozensuserhebung 1982 keine Auskunftspflicht mehr<sup>12)</sup>. Auch die Angabe des Eheschließungsjahres ist nach dem Mikrozensusgesetz von 1985 freiwillig.

## Auskunftserteilung

Jeder Befragte kann nach § 10 Abs. 2 und 4 MZG frei wählen, ob er die geforderten Auskünfte mündlich gegenüber dem Interviewer oder schriftlich erteilt. Wenn sich der Auskunftspflichtige für die schriftliche Beantwortung entscheidet, muß er die Fragebogen nicht dem Interviewer übergeben, sondern kann seine Erhebungsunterlagen direkt an das Statistische Landesamt als Erhebungsstelle einsenden. Diese drei Wege der Auskunftserteilung sah bereits das erste Mikrozensusgesetz von 1957 vor. Ergänzend zu diesen Wahlmöglichkeiten kann jeder Auskunftspflichtige sich entscheiden, ob er die Fragen gemeinsam mit anderen Haushaltsmitgliedern oder für sich allein auf einem eigenen Bogen beantworten will. Dies gilt auch bei der mündlichen Auskunftserteilung.

Für den Erfolg der Stichprobe ist die nachprüfbar vollständige Einbeziehung aller Personen bzw. Haushalte unabdingbar, die in den Auswahlbezirken wohnen. Dazu muß der Interviewer wissen, wie der angetroffene Auskunftspflichtige heißt, wieviel Personen zu seinem Haushalt gehören und ob noch weitere Haushalte in der Wohnung leben. Dem Interviewer sind diese Angaben nicht von vornherein bekannt. Diese Voraussetzung für die ordnungsgemäße Durchführung ist in § 10 Abs. 5 MZG geregelt. Dem Interviewer muß daher von dem angetroffenen Auskunftspflichtigen dessen Name sowie die Zahl der Haushalte in der Wohnung und die Zahl, nicht aber die Namen, der zum Haushalt gehörenden Personen mündlich mitgeteilt werden.

In § 12 MZG ist das Recht der Befragten auf umfassende schriftliche Unterrichtung festgelegt. Die statistischen Landesämter werden verpflichtet, u. a. über Zweck, Art und Umfang der Erhebung, den Unterschied zwischen Hilfs- und Erhebungsmerkmalen und die Trennungs- und Lösungsfristen zu informieren. Die Bürger werden beim Mikrozensus seit langem zusammen mit der Benachrichtigung über ihre Einbeziehung in die Erhebung über die Notwendigkeit etc. des Mikrozensus informiert. Der Erfolg dieses Vorgehens zeigt sich auch darin, daß der Mikrozensus seit Jahrzehnten nahezu durchgehend auf Verständnis bei den Befragten gestoßen ist. Seit 1985 wird nun mit dieser Benachrichtigung ein Informationsblatt versandt, das neben aus-



fürlichen Erläuterungen einen vollständigen Abdruck des Mikrozensusgesetzes enthält.

### Stichprobenplan

Auswahlgrundlage für den Mikrozensus ab 1972<sup>13)</sup> bilden die Erhebungsdaten der Volkszählung 1970. Diese Auswahlgesamtheit wurde und wird ständig um sog. Neubaubezirke ergänzt. Aus den Unterlagen der Volkszählung 1970 wurden künstliche Auswahlseinheiten mit bestimmten Eigenschaften so gebildet, daß das gesamte bewohnte Bundesgebiet im Hinblick auf die Zahl der Haushalte in möglichst homogene Flächen eingeteilt ist. Hierbei wurde zunächst die nach Bundesländern gegliederte Auswahlgesamtheit unter Ausgliederung von Großgebäuden (mindestens 25 Haushalte) und großen Anstalten (mindestens 50 Bewohner)<sup>14)</sup> nach 8 Gemeindegrößenklassen geschichtet. Das Material für Gemeinden mit 5 000 Einwohnern und mehr wurde weiter nach drei Straßenarten geschichtet. Das so geschichtete Material eines jeden Landes wurde je Schicht regional nach Gemeinde- und Straßenschlüsselnummer und Hausnummer geordnet. Für jede Straße wurde sodann anhand der Zahl der Haushalte festgelegt, aus wievielen Auswahlseinheiten sie bestand<sup>15)</sup>. Damit sind die Auswahlseinheiten zwar noch nicht konkret festgelegt, aber nach ihrer Zahl bestimmt.

In einem weiteren Schritt wurden unter Berücksichtigung des für alle Schichten einheitlichen Auswahlsatzes von 1 % formal Zonen mit 10 Auswahlseinheiten abgegrenzt, die sich in 10 Teilzonen untergliedern. In der Vorauswahl wurde dann aus jeder Zone zufällig eine ganze Teilzone ausgewählt. Die Untergliederung der Teilzonen in 10 Auswahlseinheiten, d. h. die Gliederung der Stichprobe in 10 gleichartige Serien, erlaubte nun in einem zweiten Auswahlschritt die endgültige Festlegung der Stichprobe auf die jeweils zweite Auswahlseinheit einer Teilzone sowie die Verwendung nachfolgender Bezirke in späteren Jahren. Damit wurde ein Stichprobenvorrat bis zur nächsten Volkszählung bereitgestellt. In einem letzten Schritt wurden schließlich nach bestimmten Kriterien die Auswahlseinheiten konkret räumlich festgelegt. Das hier kurz skizzierte Auswahlverfahren erlaubt, die nach der Bearbeitung ermittelten Werte nach dem Verfahren der freien Hochrechnung mit dem Faktor 100 zu multiplizieren, da sämtliche Schichten mit dem einheitlichen Auswahlsatz erfaßt worden sind. Mit diesem Verfahren lassen sich beliebige fachliche Gliederungen der einbezogenen Personen oder Haushalte darstellen.

### Rotation

Beim Mikrozensus handelt es sich um eine laufende und nicht um eine einmalige Stichprobe. Seit 1962 wird beim Mikrozensus ein Verfahren der partiellen Rotation angewandt, d. h. es wird bei jeder Erhebung ein Teil der bisher einbezogenen Auswahlseinheiten planmäßig gegen neu einzubeziehende Auswahlbezirke ausgetauscht. Dabei wird jährlich ein Viertel aller Auswahlbezirke ausgetauscht, so daß eine Person bzw. ein Haushalt maximal 4 Jahre in den Mikrozensus einbezogen bleibt. Mit diesem Rotationsverfahren, das nunmehr in § 2 Abs. 2 MZG geregelt ist, wird zum einen die Bela-

stung des Bürgers durch die Auskunftspflicht auf breitere Bevölkerungskreise verteilt, zum anderen ermöglicht dieses Verfahren hinreichend gesicherte Vorjahresvergleiche und gewährleistet einen hohen Genauigkeitsgrad der Ergebnisse eines jeden Jahres.

Erfahrungsgemäß ist die Kontaktaufnahme für den Interviewer bei der ersten Befragung am schwierigsten. Wiederholungsbefragungen tragen in der Regel dazu bei, den überaus wichtigen Kontakt zum Auskunftspflichtigen zu verbessern, da ihm Art und Umfang der Erhebung sowie die Befragungssituation nicht mehr unbekannt sind. Auf der anderen Seite ist der Erhebungszyklus mit 4 Jahren so bemessen, daß einer im Laufe der Zeit eintretenden Antwortmüdigkeit vorgebeugt wird. Damit werden systematische Fehler, die auf ungenaue und unzutreffende Angaben zurückzuführen sind, entsprechend verringert.

### Interviewertätigkeit

Der Mikrozensus wird grundsätzlich im Interviewverfahren durchgeführt. In Rheinland-Pfalz sind knapp 16 000 Haushalte in ca. 800 Auswahlbezirken in den Mikrozensus einbezogen. Dabei sind etwa 500 Interviewer für das Statistische Landesamt tätig. Wichtigste Aufgabe des Interviewers ist es, die Personen in den ausgewählten Gebäuden, Wohnungen und Haushalten zur Mitarbeit zu gewinnen und eventuell bestehende Hemmnisse durch zusätzliche Informationen abzubauen. Durch Hilfestellungen des Interviewers können bei der Befragung selbst Mißverständnisse ausgeräumt und ungenaue Angaben vermieden werden. Insbesondere die Häufigkeit fehlerhafter Routineantworten bei Folgebefragungen, die bei schriftlicher Auskunftserteilung zu Rückfragen führen, läßt sich durch sachkundige Interviewer verringern. Im Übrigen ist eine vollständige Erfassung aller Haushalte eines Auswahlbezirks nur über die Begehung des Auswahlbezirks durch den Interviewer erreichbar.

Wie bereits erwähnt, schrieb schon das erste Mikrozensusgesetz von 1957 vor, daß die Interviewer Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten müssen. Im Mikrozensusgesetz 1985 wird in § 8 Abs. 3 darüber hinaus vorgeschrieben, daß die Auswahl der Interviewer so vorzunehmen ist, daß kein Konflikt zum ausgeübten Beruf besteht<sup>16)</sup> und ein Einsatz in der Nachbarschaft ausgeschlossen wird. Die Verpflichtung zur statistischen Geheimhaltung, der die Interviewer als Beauftragte der Erhebungsstelle nach dem Bundesstatistikgesetz bereits immer unterlagen<sup>17)</sup>, wird nun in § 8 Abs. 2 MZG geregelt.

§ 8 Abs. 6 MZG bestimmt, daß die Interviewer über ihre Rechte und Pflichten zu belehren sind. Dies erfolgt in halb- bzw. ganztägigen Schulungsveranstaltungen. Neu in den Interviewerstab aufgenommene Mitarbeiter werden zusätzlich schriftlich über Mikrozensus und die Interviewertätigkeit unterrichtet. Bei diesen Schulungen stehen die mit der Erhebung verbundenen Sachfragen wie Rechte und Pflichten von Interviewern und Befragten, die ordnungsgemäße Durchführung und Probleme des jeweiligen Frageprogramms im Vordergrund. Der Interviewerstab besteht in Rheinland-Pfalz derzeit zu 76 % aus Mitarbeitern, die bereits über Einsatzerfahrung



verfügen. Zahlreiche Interviewer sind schon viele Jahre für den Mikrozensus tätig. Die Erfahrungsberichte der Interviewer und die äußerst geringe Zahl von Bürgerbeschwerden zeigen, daß die Interviewer überwiegend freundlich von der Bevölkerung aufgenommen werden.

## Testerhebung

Die amtliche Statistik beteiligt sich aktiv an der Diskussion über die Fortentwicklung der statistischen Methoden, deren Ziel vor allem darin besteht, das jeweils mildeste Mittel zur Datenerhebung einzusetzen. Um prüfen zu können, ob auf teilweise oder insgesamt freiwilliger Basis Ergebnisse erreicht werden können, die den bestehenden Anforderungen an die Zuverlässigkeit der Mikrozensusdaten gerecht werden, wurden in den Jahren 1985 bis 1987 entsprechende Testerhebungen durchgeführt.

Die Testerhebungen, deren Rechtsgrundlage § 13 MZG ist, wurden von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet, dem Vertreter der Hochschulstatistik und der empirischen Sozialforschung angehören. Er wirkte sowohl bei der Festlegung der anzuwendenden alternativen Verfahren wie bei der methodischen Auswertung der Testerhebungen mit. Damit kommt die amtliche Statistik der vom Bundestagsinnenausschuß erarbeiteten Entschließung<sup>18)</sup> nach — der der Bundestag bei Verabschiedung des neuen Mikrozensusgesetzes zugestimmt hat —, die statistischen Methoden für Bevölkerungsbefragungen unter dem Aspekt der Freiwilligkeit fortzuentwickeln.

Bei der ersten freiwilligen Befragung im Herbst 1985 wurde das beim Mikrozensus angewandte Verfahren getestet. Im Rahmen der Herbstbefragung 1986 wurde dann der Einfluß der Interviewer auf die Teilnahmebereitschaft bei unterschiedlichen Formen der Ansprache der einbezogenen Haushalte untersucht. Für die Freiwillige Befragung im Herbst 1987 wurden Fragebogen und Informationsblätter grundlegend neu gestaltet. Mit der Bezeichnung „Repräsentative Befragung über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland (Mikrozensus Herbst 1987)“ sollte der Zweck der Erhebung verständlicher gemacht und das

Interesse der Befragten stärker geweckt werden. Im Rahmen dieser dritten Testerhebung wurde vor allem der Einfluß verschiedener Erhebungsverfahren (Interviewerverfahren, schriftliche Befragung, telefonische Befragung) untersucht.

## Künftige Entwicklung

Mit der sich verändernden Einstellung der Bürger zu statistischen Erhebungen und zum Datenschutz hat sich auch die Haltung der amtlichen Statistik gewandelt. Sie sucht verstärkt die Kooperationsbereitschaft der Bürger, vor allem durch Information über die Notwendigkeit der Befragungen und über die Verfahren der statistischen Geheimhaltung. Inwieweit die Erhebungsmethoden unter Wahrung der Ergebnisqualität in Richtung Freiwilligkeit weiterentwickelt werden können, wird die wissenschaftliche Auswertung der Testerhebungen zeigen.

Eine wesentliche methodische Verbesserung wird nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung 1987 durch die Neugestaltung des Auswahlplans erreicht. Vor allem muß künftig der Mikrozensus dem gestiegenen Bedarf an regional tiefer gegliederten Ergebnissen Rechnung tragen, der mit dem derzeitigen Schichtungsverfahren und der jetzigen Klumpengröße nicht erfüllt werden kann. Daher sieht der neue Auswahlplan eine Schichtung nach Regionen und Gebäudeklassen vor, bei der die Anordnung der Auswahlinheiten pro Schicht primär nach Kreisen erfolgt. Um die hierbei erforderliche Genauigkeit zu erreichen, wird die Bildung kleinerer, homogenerer Klumpen angestrebt. Damit wird es möglich, die wichtigsten Eckzahlen auch für größere kreisfreie Städte und Landkreise nachzuweisen. Auf der anderen Seite bedeutet dies eine größere Belastung, da flächendeckend mehr Interviewer als bisher geschult und eingesetzt werden müssen. Vermutlich wird der für die organisatorische Abwicklung und Erhebung erforderliche Aufwand insgesamt steigen.

Diplom-Volkswirt Gerhard Schmidt  
Bayerisches Landesamt  
für Statistik und Datenverarbeitung

1) Siehe hierzu: Statistisches Bundesamt Fachserie 1, Reihe 4.1.1. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1985, S. 13 ff.

2) BVerfGE 64, 67.

3) Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensusgesetz) vom 21. 2. 1983 (BGBl. I S. 201).

4) Verordnung zur Aussetzung der Bundesstatistik über die Bevölkerung und das Erwerbsleben auf repräsentativer Grundlage (Mikrozensus) im Jahre 1983 vom 20. 12. 1983 (BGBl. I S. 1493) und im Jahre 1984 vom 20. 12. 1984 (BGBl. I S. 1679).

5) Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz) vom 10. 6. 1985 (BGBl. I S. 955 ff.).

6) Vgl. § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 15. 7. 1975 (BGBl. I S. 1909).

7) Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (StatGes) vom 3. 9. 1953 (BGBl. I S. 1314).

8) Verordnung zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusverordnung) vom 14. 6. 1985 (BGBl. I S. 967). Erste Verordnung zur Änderung der Mikrozensusverordnung vom 21. 4. 1986 (BGBl. I S. 436).

9) Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz — BStatG) vom 22. 1. 1987 (BGBl. I S. 462).

10) Bereits im Bundesstatistikgesetz von 1953 ist die grundsätzliche Geheimhaltung von Einzelangaben normiert. Ausnahmen hiervon waren nur nach Maßgabe der jeweiligen Erhebungsgesetze zulässig.

11) BVerfGE 27, 1 ff.

12) Vgl. hierzu Art. 2 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. 3. 1980 (BGBl. I S. 294).

13) Eine ausführliche Beschreibung des Stichprobenplans findet sich in der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ 1973 (Heft 11, S. 631 ff.).

14) Zur Segmentauswahl in Großgebäuden, großen Anstalten und Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern, vgl. a. a. O. S. 635.

15) „Kurze Straßen“, in denen sehr wenige Haushalte wohnen, bilden jeweils eine Auswahlinheit.

16) Angehörige einzelner Berufsgruppen, wie aktive Polizeibeamte, Finanzbedienstete oder Vertreter, werden seit langem nicht in den Interviewerstab aufgenommen. Vgl. hierzu Bayern in Zahlen 1957 (Heft 5, S. 130 f.).

17) Seit Aufhebung der Strafbestimmungen des § 13 StatGes durch allgemeine Vorschriften des Strafgesetzbuches werden die Interviewer nach § 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen vom 2. 3. 1974 (BGBl. I S. 547) zur Verschwiegenheit verpflichtet.

18) BT-Dr 10/3328 S. 3.



# Nichtwohnbau 1988

Die amtliche Statistik bezeichnet diejenigen Hochbauten als Nichtwohngebäude, die nicht oder nicht in erster Linie für Wohnzwecke bestimmt sind. Im Rahmen der Bautätigkeitsstatistik werden nur Gebäude erfaßt, die mindestens einen Rauminhalt von 350 cbm aufweisen und deren reine Baukosten 25 000 DM übersteigen. Grundstücks- sowie Baunebenkosten bleiben unberücksichtigt.

## Knapp 2 000 neue Nichtwohngebäude genehmigt

Im Jahre 1988 wurden in Rheinland-Pfalz 1 968 neue Nichtwohngebäude der unterschiedlichsten Art vom landwirtschaftlichen Betriebsgebäude bis hin zum Büro- und Verwaltungskomplex zum Bau freigegeben. Dabei wurden insgesamt rund 8,7 Mill. cbm Rauminhalt und fast 1,5 Mill. qm Nutzfläche eingeplant.

Die Anzahl der genehmigten Nichtwohngebäude stieg damit gegenüber dem Vorjahr, in dem 1 919 Baugenehmigungen erteilt wurden, um 2,6 %. An Rauminhalt und Nutzfläche waren 10 bzw. 13 % mehr als 1987 vorgesehen. Die veranschlagten Baukosten lagen mit rund 1,6 Mrd. DM um 2,4 % über dem Vorjahresergebnis.

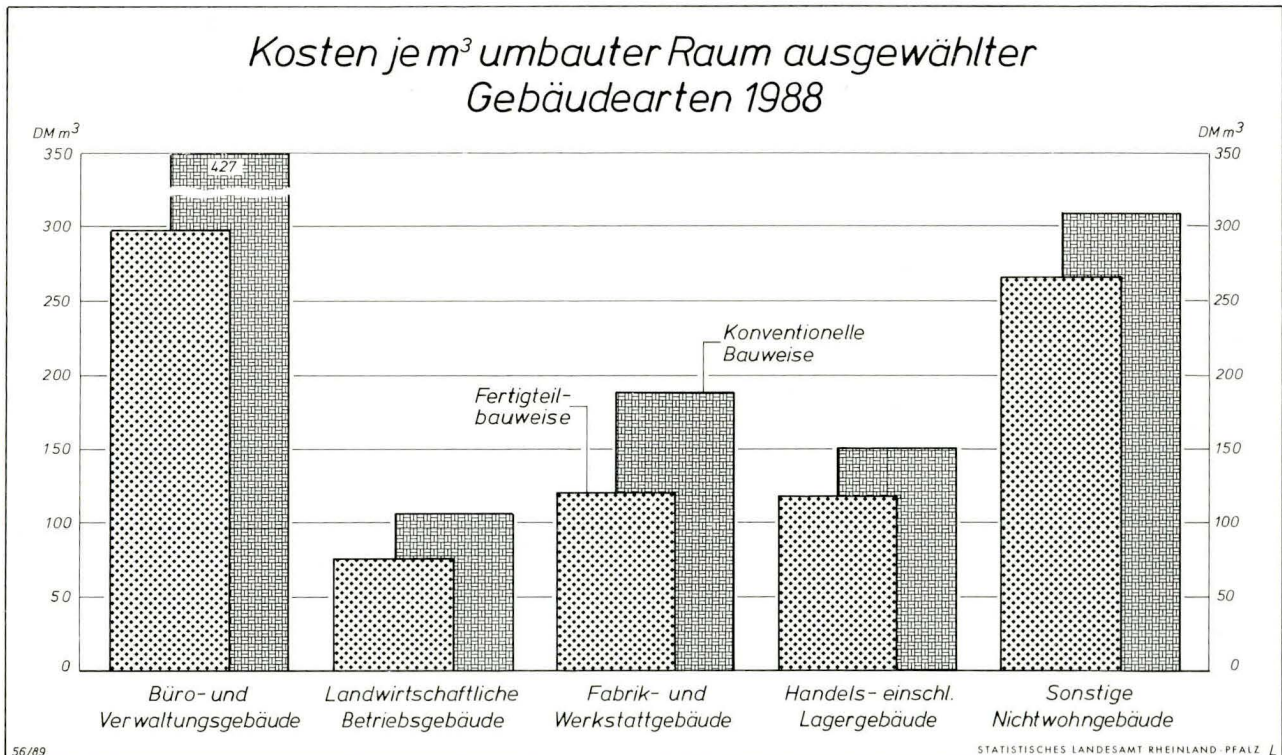
Zusätzlich zu diesen 1 968 Neubauten waren im Jahre 1988 im Nichtwohnbau 1 335 Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden vorgesehen. Die geplante Nutzflächenvergrößerung betrug 276 500 qm. Insgesamt mußten die Bauherren für die Durchführung dieser Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen 530 Mill. DM bereitstellen.

## Stabile Konjunktur im Nichtwohnbau

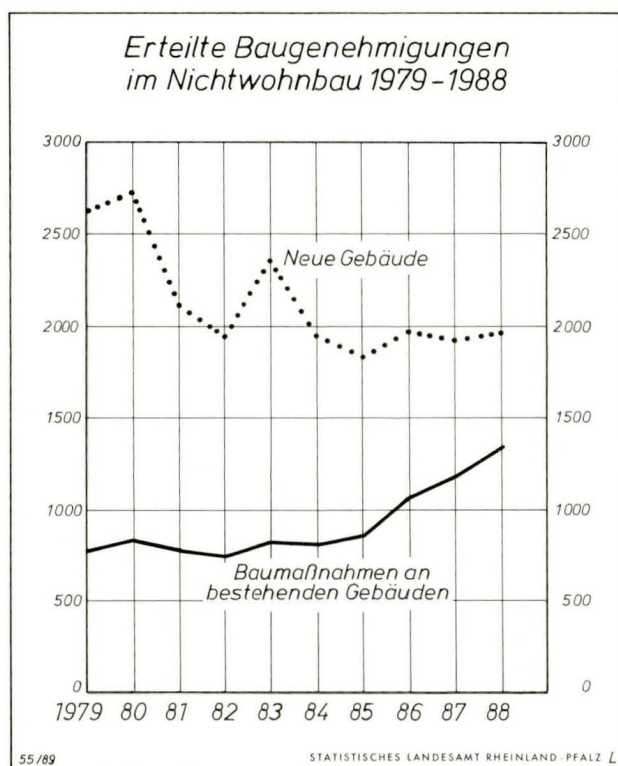
Die im Steuerbereinigungsgesetz von 1986 verankerten verbesserten Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude, deren Antrag auf Baugenehmigung nach dem 31. März 1985 gestellt worden ist, führte zu dem vom Gesetzgeber angestrebten Ziel einer Verstärkung der Bautätigkeit und zu einer Stabilisierung der Beschäftigungslage in der Bauwirtschaft. Während sich der Gesamtverlauf der Entwicklung im Nichtwohnbau anhand der kumulierten Ergebnisse verfolgen läßt, bietet die Bautätigkeitsstatistik Möglichkeiten einer differenzierten Ergebnisdarstellung.

Die Aufteilung nach der für die Gebäude vorgesehenen Zweckbestimmung unterscheidet Anstaltsgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude, landwirtschaftliche Betriebsgebäude und die Gruppe der nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäude, worunter in erster Linie die Fabrik- und Werkstattgebäude, Handels- und Lagergebäude sowie Hotel- und Gaststättengebäude zählen. Alle weiteren Bauten mit nicht gewerblicher Zweckbestimmung werden in der Kategorie der sonstigen Nichtwohngebäude zusammengefaßt. Hierzu zählen hauptsächlich die Gebäude des Gesundheits- und Sozialwesens wie Krankenhäuser, Kliniken, Schulen und Kindergärten aber auch Sport- und Freizeitgebäude und solche für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Die konjunkturelle Stabilität und die damit einhergehende positive Entwicklung im Nichtwohnbau war in







Rheinland-Pfalz in hohem Maße auf die Anzahl neuer Bauvorhaben nichtlandwirtschaftlicher Betriebsgebäude zurückzuführen. Im Jahre 1988 wurden in diesem Bereich 1 173 Neubaugenehmigungen durch die Bauaufsichtsbehörden erteilt. Der Genehmigungsanteil der nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäude am gesamten Planungsvolumen im Nichtwohnbau lag damit im vergangenen Jahr bei 60 %. Das Vorjahresergebnis von 1 072 Baugenehmigungen wurde um 9,4 % übertroffen, was eine steigende Investitionsbereitschaft der gewerblichen Wirtschaft im Bereich betrieblich genutzter Immobilien signalisiert.

## Unternehmen als Bauherren weiter führend

Von den im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz erteilten 1 968 Baugenehmigungen für neu zu errichtende Nichtwohngebäude hatten 1 587 Unternehmen zum Bauherren. Dies entspricht einem Anteil von 81 % am gesamten Nichtwohnbau, wobei 605 neue Gebäude von Bauherren aus dem Bereich Handel, Banken, Versicherungen und dem Dienstleistungsgewerbe und 551 Gebäude des produzierenden Gewerbes zur Genehmigung kamen. Auch bei den Baumaßnahmen an bestehenden Nichtwohngebäuden waren die Unternehmen als Bauherren führend; in 1 032 Fällen wurden Baugenehmigungen für Veränderungs- und Erweiterungsbauvorhaben erteilt, wobei die Schaffung von 227 500 m<sup>2</sup> neuer Nutzfläche vorgesehen war.

## Ein Drittel aller Nichtwohnbauten vorgefertigt

In Fertigteilbauweise waren im vorigen Jahr 687 Nichtwohngebäude geplant. Bei insgesamt 1 968 neu genehmigten Nichtwohngebäuden entspricht dies einer Quote von 35 %. Der Anteil der für den Fertigteilbau besonders geeigneten nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäude, bei denen weniger ein hohes Ausstattungsniveau, sondern die betriebliche Funktionalität im Vordergrund steht, lag mit 494 Bauvorhaben, das sind 72 % aller Genehmigungen im vorgefertigten Nichtwohnbau, besonders hoch. Geplante Errichtungen von 298 Handels- und Lagergebäuden und 163 Fabrik- und Werkstattgebäuden waren im nichtlandwirtschaftlichen Sektor vorgesehen.

Insgesamt werden die Bauherren, die sich für eine vorfabrizierte Bauweise entschieden haben, über rund 696 000 qm geplanter neuer Nutzfläche mit einem Rauminhalt von 4,2 Mill. cbm verfügen. Für alle 687 geplanten Fertigteilgebäude im Nichtwohnbau hatten die Bauherren 550 Mill. DM zu finanzieren. Dabei mußten für vorgefertigte Büro- und Verwaltungsgebäude

## Baugenehmigungen im Fertigteilbau nach Gebäudearten und Bauherren 1988<sup>1)</sup>

Gebäudeart Bauherr	Gebäude	Rauminhalt	Grund-	Nutz-	Wohnungen	Veranschlagte Kosten der Bauwerke
			stücks-	fläche	insgesamt	
	Anzahl	1000 m <sup>3</sup>	1000 m <sup>2</sup>		Anzahl	1000 DM
Anstaltsgebäude	3	21	17,2	4,1	–	10 052
Büro- und Verwaltungsgebäude	24	130	81,5	28,4	1	38 706
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	136	276	411,0	51,6	2	20 724
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	494	3 556	2 832,7	576,4	10	421 722
Fabrik- und Werkstattgebäude	163	1 461	1 175,5	211,4	3	175 212
Handelsgebäude einschl. Lagergebäude	298	1 891	1 562,1	296,3	7	221 229
Hotels und Gaststätten	1	1	2,7	0,3	–	–
Sonstige Nichtwohngebäude	30	223	156,9	36,9	–	59 255
Öffentliche Bauherren	37	230	192,5	33,9	–	86 156
Unternehmen	634	3 940	3 259,8	655,3	13	456 637
Private Haushalte	1	6	4,1	2,3	–	–
Organisationen ohne Erwerbscharakter	15	30	42,9	5,8	–	–
Nichtwohngebäude insgesamt	687	4 206	3 499,3	697,4	13	550 459

1) Errichtung neuer Gebäude.



# Baugenehmigungen in Nichtwohnbau nach Gebäudearten und Bauherren 1988

Gebäudeart Bauherr	Errichtung neuer Gebäude							Insgesamt (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)		
	Ge- bäude	Raum- inhalt	Grund- stücks-	Grund-	Ge- schoß-	Nutz-	veran- schlagte Kosten der Bauwerke	Ge- bäude/ Bau- maß- nahmen	Nutz fläche	veran- schlagte Kosten der Bauwerke
	Anzahl	1000 m³	1000 m²				1000 DM	Anzahl	1000 m²	1000 DM
Anstaltsgebäude	28	256	236,0	24,6	55,8	43,1	147 869	65	59,0	210 233
Öffentliche Bauherren	21	206	175,3	20,4	44,8	34,1	105 709	26	41,2	138 299
Unternehmen	5	18	23,9	1,9	4,6	4,3	.	16	8,1	.
Private Haushalte	–	–	–	–	–	–	–	1	0,5	.
Organisationen ohne Erwerbscharakter	2	33	36,8	2,3	6,4	4,7	.	22	9,2	51 859
Büro- u. Verwaltungsgebäude	129	660	354,4	65,5	163,1	135,7	265 260	268	168,2	347 260
Öffentliche Bauherren	24	236	133,8	19,8	58,8	46,7	.	47	52,0	154 680
Unternehmen	104	424	220,2	45,7	104,1	88,9	143 545	218	115,0	190 905
Private Haushalte	–	–	–	–	–	–	–	1	0,8	.
Organisationen ohne Erwerbscharakter	1	1	0,4	0,1	0,1	0,1	.	2	0,4	.
Landwirtschaftliche Betriebs- gebäude	425	699	1 046,7	135,4	140,6	131,2	65 217	593	150,4	85 621
Öffentliche Bauherren	3	4	4,4	0,7	0,7	0,6	.	4	0,6	1 142
Unternehmen	421	689	1 012,4	132,8	138,1	129,1	63 623	586	148,4	83 827
Private Haushalte	–	–	–	–	–	–	–	1	0,0	.
Organisationen ohne Erwerbscharakter	1	5	30,0	1,8	1,8	1,5	.	2	1,5	.
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	1 173	6 197	5 096,0	857,9	1 135,8	1 025,8	891 530	1 897	1 189,5	1 143 277
Öffentliche Bauherren	105	368	293,0	54,8	71,4	63,8	114 986	128	66,1	119 803
Unternehmen	1 005	5 729	4 696,7	785,2	1 038,3	939,8	750 958	1 682	1 100,0	995 985
Private Haushalte	43	42	46,7	8,0	11,4	8,9	.	61	9,8	10 009
Organisationen ohne Erwerbscharakter	20	57	59,6	10,0	14,8	13,3	.	26	13,5	17 480
Sonstige Nichtwohngebäude	213	893	690,7	117,2	185,3	154,9	266 101	480	200,1	380 924
Öffentliche Bauherren	85	338	345,2	44,1	64,1	55,1	134 109	210	75,2	204 293
Unternehmen	52	432	199,4	50,7	91,8	76,1	.	117	94,4	122 873
Private Haushalte	4	5	4,7	1,0	1,1	1,0	.	5	1,1	987
Organisationen ohne Erwerbscharakter	72	118	141,5	21,4	28,3	22,7	34 810	148	29,3	52 771
Öffentliche Bauherren	238	1 151	951,7	139,8	239,8	200,2	477 403	415	235,1	618 217
Bund	67	191	121,4	27,6	35,3	29,2	76 768	81	32,3	92 449
Länder	46	421	317,8	41,4	90,0	69,9	.	55	71,9	204 022
Gemeinden (Gv.)	124	539	511,4	70,5	114,3	101,0	205 048	276	125,2	294 585
Sozialversicherung	1	1	1,0	0,2	0,2	0,2	.	3	5,7	27 161
Unternehmen	1 587	7 292	6 152,5	1 016,2	1 376,9	1 238,3	1 067 121	2 619	1 465,8	1 412 965
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	421	686	1 013,3	132,4	137,7	128,8	63 278	590	148,2	83 613
Produzierendes Gewerbe	551	3 855	3 021,6	489,1	696,5	627,4	504 024	823	703,0	627 815
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe,	605	2 717	2 077,4	388,9	536,9	476,6	496 593	1 189	607,9	696 529
Dienstleistungen	4	45	25,5	6,5	10,9	9,1	12 450	8	11,4	.
Immobilienfonds	10	35	40,3	5,8	5,9	5,6	3 226	17	6,7	5 008
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	–	–	–	–	–	–	–	1	0,0	.
Bundesbahn und Bundes- post	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Private Haushalte	47	47	51,4	9,0	12,5	9,9	10 000	69	12,3	12 838
Organisationen ohne Erwerbs- charakter	96	213	268,3	35,7	51,4	42,2	81 453	200	54,0	123 295
Nichtwohngebäude insgesamt	1 968	8 705	7 423,9	1 200,6	1 680,6	1 490,7	1 635 977	3 303	1 767,2	2 167 315



# Genehmigungen neuerrichteter Gebäude im Nichtwohnbau nach Art der Konstruktion 1988

Berichtsmerkmal	Insgesamt	Anstalts- gebäude	Büro- und Ver- waltungs- gebäude	Landwirt- schaftliche Betriebs- gebäude	Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude				Sonstige Nichtwohn- gebäude
					zusammen	Fabrik- und Werkstatt- gebäude	Handels- einschl. Lager- gebäude	Hotels und Gaststätten	
Gebäude									
<b>Skelettbau</b>	719	4	28	150	507	172	306	2	30
Stahl	400	1	6	78	307	109	181	–	8
Stahlbeton	184	3	13	21	138	52	78	1	9
Holz	123	–	9	50	51	10	38	1	13
Sonstiger Baustoff	12	–	–	1	11	1	9	–	–
<b>Massivbau</b>	1 249	24	101	275	666	213	299	40	183
Stahlbeton	310	5	27	36	218	72	110	3	24
Ziegel	116	2	19	22	45	15	14	9	28
Sonstiger Mauerstein	813	17	55	213	399	123	175	27	129
Sonstiger Baustoff	10	–	–	4	4	3	–	1	2
<b>Insgesamt</b>	<b>1 968</b>	<b>28</b>	<b>129</b>	<b>425</b>	<b>1 173</b>	<b>385</b>	<b>605</b>	<b>42</b>	<b>213</b>
Rauminhalt in 1000 m <sup>3</sup>									
<b>Skelettbau</b>	4 271	50	171	299	3 555	1 571	1 901	2	195
Stahl	1 981	1	30	201	1 688	785	866	–	61
Stahlbeton	1 897	49	131	29	1 611	698	869	1	76
Holz	356	–	10	65	223	85	136	1	58
Sonstiger Baustoff	37	–	–	4	33	3	30	–	–
<b>Massivbau</b>	4 433	206	489	401	2 641	865	1 349	99	697
Stahlbeton	2 077	39	284	54	1 414	424	736	6	285
Ziegel	333	32	51	44	113	51	28	27	93
Sonstiger Mauerstein	2 012	135	154	299	1 107	384	585	66	318
Sonstiger Baustoff	11	–	–	4	7	6	–	0	1
<b>Insgesamt</b>	<b>8 705</b>	<b>256</b>	<b>660</b>	<b>699</b>	<b>6 197</b>	<b>2 436</b>	<b>3 249</b>	<b>102</b>	<b>893</b>

298 DM je cbm umbautem Raum veranschlagt werden, während Handels- und Lagergebäude mit 117 DM je cbm und landwirtschaftliche Betriebsgebäude mit 75 DM je cbm umbautem Raum am Ende der Preisskala lagen.

## 210 Mill. DM für Anstaltsgebäude

Zu den Anstaltsgebäuden zählen insbesondere Krankenhäuser, Kliniken, Alten- und Altenpflegeheime. Im Jahre 1988 wurden in Rheinland-Pfalz 28 Baugenehmigungen für neu zu errichtende Anstaltsgebäude erteilt. In weiteren 37 Fällen genehmigten die zuständigen Behörden Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. Auftraggeber waren vor allem öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck. Die veranschlagten Kosten der Neubauten beliefen sich auf 148 Mill. DM, die der Gebäudemassnahmen auf 63 Mill. DM. Mit der Realisierung der vorgesehenen Planungen erweitert sich die zur Verfügung stehende Nutzfläche in Anstalten um 59 000 qm. Entsprechend ihrer sozialen Zweckbestimmung weist die Gruppe der Anstaltsgebäude mit einem Kubikmeterpreis von 577 DM für Neubauten die mit Abstand höchsten Baukosten auf, da die Planungen auf die individuellen Bedürfnisse eines bestimmten Personenkreises besonders zugeschnitten sein müssen. Die neuen Krankenhäuser, Kliniken und Heime verfügen jeweils über ein sehr hohes Ausstattungsniveau. Fertigteilbau gab es folglich im Anstaltsbereich nur in drei Fällen, während 25 neue Anstaltsgebäude in konventioneller Bauweise zur Ausführung kommen.

## Baugenehmigungen für 129 neue Büro- und Verwaltungsgebäude

Für neue Büro- und Verwaltungsgebäude veranschlagten die Bauherren in Rheinland-Pfalz im Jahre 1988 Finanzmittel von 265 Mill. DM. Der Betrag von 402 DM für den Kubikmeter umbauten Raum deutet auch hier auf ein hohes Ausstattungsniveau hin. Neben Wirtschaftlichkeitsfaktoren sind insbesondere auch die repräsentative Ausgestaltung und die zusätzliche Kosten verursachende städtebauliche Integration eine die Höhe der Baukosten beeinflussende Größe.

Während öffentliche Bauherren mit 19 % an den Neubauplanungen beteiligt waren, entfielen auf die von Unternehmen in Auftrag gegebenen Bauwerke 80 % der 129 neuen Büro- und Verwaltungsgebäude. Die zu schaffende Nutzfläche in Neubauten betrug 135 700 qm, der Rauminhalt 660 000 cbm. Künftig können öffentliche Bauherren über 34 % dieser Fläche bzw. 36 % des Rauminhalts verfügen. Für weitere 139 Büro- und Verwaltungsbauten war durch Aus-, Um- bzw. Erweiterungsbaumaßnahmen ein Nutzflächenzuwachs von 32 500 qm vorgesehen. Der kalkulierte finanzielle Aufwand lag bei 82 Mill. DM. Der Quadratmeter Nutzfläche in Neubauten wurde mit 1 954 DM kalkuliert, bei den Baumaßnahmen mußte ein Betrag von 2 532 DM in Ansatz gebracht werden.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988					1989		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
<b>Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 631	...	3 635	3 635	3 636	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungs-bewegung</b>										
* Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	1 992	2 075 <sup>p</sup>	816 <sup>p</sup>	1 018 <sup>p</sup>	1 689 <sup>p</sup>	2 090 <sup>p</sup>	694 <sup>p</sup>	909 <sup>p</sup>	1 641 <sup>p</sup>
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,6	6,8 <sup>p</sup>	2,7 <sup>p</sup>	3,6 <sup>p</sup>	5,5 <sup>p</sup>	6,7 <sup>p</sup>	2,3 <sup>p</sup>	3,3 <sup>p</sup>	5,3 <sup>p</sup>
* Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	3 148	3 321 <sup>p</sup>	2 852 <sup>p</sup>	3 103 <sup>p</sup>	3 558 <sup>p</sup>	3 604 <sup>p</sup>	...	...	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,9 <sup>p</sup>	9,3 <sup>p</sup>	10,8 <sup>p</sup>	11,6 <sup>p</sup>	11,6 <sup>p</sup>	...	...	...
* Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 501	3 490 <sup>p</sup>	3 155 <sup>p</sup>	3 490 <sup>p</sup>	3 887 <sup>p</sup>	4 080 <sup>p</sup>	...	...	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,6	11,5 <sup>p</sup>	10,3 <sup>p</sup>	12,2 <sup>p</sup>	12,7 <sup>p</sup>	13,2 <sup>p</sup>	...	...	...
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene <sup>3)</sup>	Anzahl	29	27 <sup>p</sup>	24 <sup>p</sup>	27 <sup>p</sup>	23 <sup>p</sup>	33 <sup>p</sup>	...	...	...
* je 1000 Lebendgeborene <sup>4)</sup>	Anzahl	9,1	8,3 <sup>p</sup>	7,8 <sup>p</sup>	9,2 <sup>p</sup>	6,8 <sup>p</sup>	9,4 <sup>p</sup>	...	...	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 353	- 169 <sup>p</sup>	- 303 <sup>p</sup>	- 387 <sup>p</sup>	- 329 <sup>p</sup>	- 476 <sup>p</sup>	...	...	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,2	- 0,6 <sup>p</sup>	- 1,0 <sup>p</sup>	- 1,4 <sup>p</sup>	- 1,1 <sup>p</sup>	- 1,5 <sup>p</sup>	...	...	...
<b>Wanderungen</b>										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	6 478	...	6 261	5 654	6 479	...	...	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	6 326	...	5 393	4 968	5 354	...	...	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	152	...	868	686	1 125	...	...	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>5)</sup>	Anzahl	10 036	...	8 832	7 905	8 891	...	...	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	Anzahl	116 602	111 804	132 453	132 802	124 213	110 541	118 807	117 550	109 439
* Männer	Anzahl	61 911	57 878	73 955	75 447	69 175	58 082	64 752	64 364	58 459
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe										
Industrielle und handwerkliche Berufe										
Anzahl										
8 825										
40 720										
8,1										
8 317										
8 973										
7 541										
8 342										
9 518										
8 047										
8 985										
9 644										
10 347										
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe										
Industrielle und handwerkliche Berufe										
Anzahl										
-										
-										
-										
2 722										
2 748										
-										
-										
3 750										
Kurzarbeiter	Anzahl	11 005	8 986	17 099	19 721	17 441	5 979	10 458	10 567	11 033
Männer	Anzahl	8 803	6 990	14 497	16 819	14 677	4 327	8 822	8 920	8 889
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Schlachtmengen <sup>6)</sup></b>										
t										
14 684										
14 117										
14 085										
13 635										
15 088										
15 064										
13 872										
12 458										
14 286										
t										
4 695										
4 252										
4 195										
3 875										
4 788										
4 756										
4 114										
3 825										
4 582										
t										
32										
25										
22										
20										
39										
35										
9 832										
9 696										
9 765										
9 630										
10 089										
10 083										
9 613										
8 498										
9 508										
<b>Milch</b>										
* Milchherzeugung	1000 t	73	71	66	61	67	69	69	62	67
* an Molkereien geliefert	%	94,2	94,4	93,4	94,1	93,3	93,4	94,2	93,7	93,4
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Verarbeitendes Gewerbe <sup>7)</sup></b>										
Anzahl										
2 584										
2 601										
2 580										
2 577										
2 585										
2 607										
2 608										
2 603										
2 608										
Betriebe	Anzahl	2 584	2 601	2 580	2 577	2 585	2 607	2 608	2 603	2 608
* Beschäftigte	1000	365	367	363	363	364	368	368	369	370
* Arbeiter <sup>8)</sup>	1000	250	250	248	247	248	250	250	251	251
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	34 730	34 561	34 114	34 340	37 635	32 620	35 459	33 217	35 283
Löhne und Gehälter										
Mill. DM										
1 357										
1 422										
1 265										
1 233										
1 297										
1 946										
1 349										
1 298										
1 374										
Löhne										
Mill. DM										
783										
812										
723										
704										
751										
1 031										
773										
734										
794										
Gehälter										
Mill. DM										
574										
610										
542										
529										
546										
915										
576										
564										
580										
Stromverbrauch										
Mill. kWh										
1 007										
1 049										
1 034										
998										
1 108										
1 055										
1 108										
1 027										
1 105										
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)										
Mill. DM										
6 913										
7 416										
6 429										
6 894										
7 924										
7 919										
7 420										
7 541										
8 385										
Auslandsumsatz										
Mill. DM										
2 495										
2 832										
2 387										
2 729										
3 001										
3 129										
2 926										
3 030										
3 389										



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988					1989		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
<b>Produktionsindex</b> (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe										
insgesamt	1980 = 100	103 <sup>r</sup>	107	97	101	103	109	103	106	110 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	105 <sup>r</sup>	109	101	107	107	113	108	111	114 <sup>p</sup>
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	104 <sup>r</sup>	109	99	105	106	111	105	108	112
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1980 = 100	110	117	106	114	113	112	113	120	121
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	76	84	54	56	67	72	61	72	82
Chemische Industrie	1980 = 100	123	130	119	131	125	127	128	137	135
* Investitionsgüter										
produzierendes Gewerbe	1980 = 100	97 <sup>r</sup>	101	87	99	100	119	95	98	110
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	99	103	68	104	103	146	79	80	107
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	96 <sup>r</sup>	96	97	96	97	91	103	117	120
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	97	98	95	97	101	93	98	101	103
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	74	68	83	77	79	51	73	72	74
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1980 = 100	111	117	110	101	103	125	112	101	102
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	87	86	65	59	69	74	73	74	86
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	690	928	1 298	1 141	1 213	440	470	425	...
Strombezug <sup>1)</sup>	Mill. kWh	2 053	1 835	1 627	1 618	1 731	2 514	2 605	2 425	...
Stromlieferungen <sup>1)</sup>	Mill. kWh	822	844	827	772	930	878	869	827	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 873	1 857	2 014	1 912	1 934	2 077	2 178	1 997	...
Gasverbrauch	Mill. m <sup>3</sup>	386	377	472	460	452	496	555	486	...
<b>Handwerk <sup>2)</sup></b>										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	95	92	.	.	88	...	.	.	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	148	151	.	.	125	...	.	.	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Bauhauptgewerbe</b>										
* Beschäftigte	Anzahl	60 061	58 869	56 209	55 101	56 869	59 116	56 705	56 424	57 351 <sup>p</sup>
Facharbeiter	Anzahl	30 687	30 425	28 509	28 105	29 083	30 474	29 540	29 415	29 828 <sup>p</sup>
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 097	14 514	13 937	13 321	13 553	14 814	13 596	13 404	13 910 <sup>p</sup>
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 993	6 714	4 914	4 712	5 934	5 732	5 890	5 434	6 648 <sup>p</sup>
Privater Bau	1000	4 234	4 182	3 338	3 200	3 796	3 626	3 874	3 539	4 209 <sup>p</sup>
* Wohnungsbau	1000	2 433	2 406	1 994	1 843	2 101	2 041	2 204	1 938	2 389 <sup>p</sup>
Landwirtschaftlicher Bau	1000	41	42	73	22	19	41	48	48	14 <sup>p</sup>
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 760	1 734	1 271	1 335	1 676	1 544	1 622	1 553	1 806 <sup>p</sup>
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	2 759	2 533	1 576	1 512	2 138	2 106	2 016	1 895	2 439 <sup>p</sup>
Hochbau	1000	608	609	439	408	589	513	544	520	599 <sup>p</sup>
Tiefbau	1000	2 151	1 924	1 137	1 104	1 549	1 593	1 472	1 375	1 840 <sup>p</sup>
Straßenbau	1000	1 271	1 011	598	579	771	835	732	673	934 <sup>p</sup>
Löhne und Gehälter	Mill. DM	174	181	142	131	148	186	160	152	171 <sup>p</sup>
* Löhne	Mill. DM	143	148	113	102	118	150	130	121	139 <sup>p</sup>
* Gehälter	Mill. DM	31	32	29	29	30	36	30	31	32 <sup>p</sup>
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	532	559	367	334	449	771	444	392	528 <sup>p</sup>

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988					1989		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	713	770	631	653	770	563	682	685	894
* mit 1 Wohnung	Anzahl	584	629	537	528	648	458	549	543	722
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	98	104	64	84	100	73	95	94	128
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	31	36	30	41	22	32	38	48	44
* Umbauter Raum	1000 m <sup>3</sup>	669	726	573	641	731	507	662	713	912
* Wohnfläche	1000 m <sup>2</sup>	109	119	93	106	116	85	110	118	150
Wohnräume	Anzahl	5 041	5 459	4 249	4 869	5 383	3 986	5 015	5 483	6 843
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	216	236	187	208	237	166	214	231	296
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	1	1	2	2	–	1	2	3	2
Unternehmen	Anzahl	115	136	160	100	107	131	135	134	121
Private Haushalte	Anzahl	597	632	469	551	663	431	545	548	771
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	160	164	134	135	158	130	141	118	169
* Umbauter Raum	1000 m <sup>3</sup>	659	725	323	465	710	678	580	420	784
* Nutzfläche	1000 m <sup>2</sup>	110	124	58	83	115	106	93	77	125
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	133	136	56	79	113	154	103	72	112
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	32	28	19	12	26	25	21	15	25
Unternehmen	Anzahl	125	132	114	122	127	102	116	103	143
Private Haushalte	Anzahl	3	4	1	1	5	3	4	–	1
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 108	1 218	963	1 105	1 115	969	1 168	1 268	1 720
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 484	2 729	2 309	2 529	2 965	2 949	...	...	...
* EG-Länder <sup>1)</sup>	Mill. DM	1 371	1 491	1 362	1 496	1 768	1 511	...	...	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	209	211	177	183	276	222	...	...	...
Dänemark	Mill. DM	50	45	45	50	54	49	...	...	...
Frankreich	Mill. DM	337	363	332	356	414	360	...	...	...
Griechenland	Mill. DM	23	25	17	21	27	27	...	...	...
Großbritannien	Mill. DM	235	272	213	264	286	286	...	...	...
Irland	Mill. DM	8	10	7	11	13	10	...	...	...
Italien	Mill. DM	236	255	227	256	290	256	...	...	...
Niederlande	Mill. DM	183	212	248	261	298	191	...	...	...
Spanien	Mill. DM	74	84	83	80	90	89	...	...	...
Portugal	Mill. DM	16	18	13	14	20	20	...	...	...
USA und Kanada	Mill. DM	164	177	158	147	181	164	...	...	...
Japan	Mill. DM	48	61	41	45	60	80	...	...	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	299	347	248	272	291	476	...	...	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	118	125	97	112	135	139	...	...	...
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 464	1 577	1 208	1 489	1 810	1 684	...	...	...
EG-Länder <sup>1)</sup>	Mill. DM	882	904	701	893	1 084	969	...	...	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	164	160	121	155	176	177	...	...	...
Dänemark	Mill. DM	22	23	22	24	29	25	...	...	...
Frankreich	Mill. DM	200	218	176	201	270	252	...	...	...
Griechenland	Mill. DM	10	10	4	9	11	7	...	...	...
Großbritannien	Mill. DM	83	91	82	96	107	75	...	...	...
Irland	Mill. DM	3	6	4	6	8	6	...	...	...
Italien	Mill. DM	146	152	105	169	177	163	...	...	...
Niederlande	Mill. DM	205	179	144	167	194	200	...	...	...
Spanien	Mill. DM	40	55	34	56	98	51	...	...	...
Portugal	Mill. DM	9	10	8	9	13	13	...	...	...
USA und Kanada	Mill. DM	82	99	65	97	89	117	...	...	...
Japan	Mill. DM	83	106	98	90	118	76	...	...	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	172	207	151	154	227	219	...	...	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	45	51	30	42	53	64	...	...	...

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988					1989		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
<b>Einzelhandel</b>										
Beschäftigte	1986 = 100	101	102	100	99	100	103	102	103	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	103	107	90	90	112	136	98	92	...
<b>Großhandel</b>										
Beschäftigte	1986 = 100	99	98	97	96	97	98	98	98	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	100	104	84	90	106	113	97	101	...
<b>Gastgewerbe</b>										
Beschäftigte	1986 = 100	101	103	93	94	97	97	96	96	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	104	109	98	101	102	101	102	102	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	100	102	78	84	86	99	85	85	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	101	105	72	76	82	91	78	81	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	98	100	82	89	88	105	89	88	...
<b>Fremdenverkehr</b>										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	453	472	196	249	279	249	268	261	...
* Ausländer	1000	108	108	32	46	50	44	47	55	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 607	1 643	720	863	997	940	964	892	...
* Ausländer	1000	355	351	101	161	143	150	146	182	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
* Güterempfang	1000 t	1 520	1 503	1 409	1 514	1 100	1 562	1 400	1 290	...
* Güterversand	1000 t	950	968	898	894	710	957	929	861	...
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 420	14 709	10 388	12 249	20 285	12 845	12 131	13 077	20 580
Krafträder	Anzahl	499	516	111	229	1 190	70	136	303	1 696
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	14 048	13 286	9 563	11 276	17 889	12 013	11 052	12 000	17 636
* Lastkraftwagen	Anzahl	555	596	518	462	738	511	649	549	731
Zugmaschinen	Anzahl	218	200	137	186	236	154	175	135	298
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
	Anzahl	10 608	10 811	9 868	9 957	11 303	11 305	9 415	9 362 <sup>P</sup>	10 465 <sup>P</sup>
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 617	1 682	1 378	1 358	1 519	1 526	1 289	1 295 <sup>P</sup>	1 525 <sup>P</sup>
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 991	9 129	8 490	8 599	9 784	9 779	8 126	8 067 <sup>P</sup>	8 940 <sup>P</sup>
Verunglückte Personen	Anzahl	2 177	2 283	1 871	1 857	2 004	2 091	1 741	1 725 <sup>P</sup>	2 067 <sup>P</sup>
* Getötete	Anzahl	42	42	40	40	26	47	38	36 <sup>P</sup>	26 <sup>P</sup>
Pkw-Insassen	Anzahl	22	25	26	21	22	31	20	26 <sup>P</sup>	11 <sup>P</sup>
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	6	–	3	1	–	2	– <sup>P</sup>	4 <sup>P</sup>
Radfahrer	Anzahl	3	3	1	1	–	2	2	2 <sup>P</sup>	1 <sup>P</sup>
Fußgänger	Anzahl	8	7	13	15	3	12	14	7 <sup>P</sup>	10 <sup>P</sup>
Schwerverletzte	Anzahl	617	641	513	519	497	561	465	461 <sup>P</sup>	572 <sup>P</sup>
Pkw-Insassen	Anzahl	342	368	347	344	309	374	331	...	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	118	118	31	54	64	41	37	...	...
Radfahrer	Anzahl	55	56	19	22	21	36	27	...	...
Fußgänger	Anzahl	83	82	101	89	79	104	61	...	...
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
* Konkurse <sup>1)</sup>	Anzahl	80	72	70	69	88	77	39	68	59
Angemeldete Forderungen	1000 DM	45 767	30 817	28 698	43 064	19 571	36 344	19 656	20 881	25 758
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	–	–	–	–	1	1	1
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	587	505	474	529	538	457	1 020	414	417
* Wechselsumme	1000 DM	4 146	4 100	4 161	6 670	4 738	4 206	3 217	2 960	4 207

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988					1989		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
<b>Kredite und Einlagen <sup>1)</sup></b> (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	84 531	88 447	84 555	84 505	85 004	88 447	88 377	88 941	89 575
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	82 443	86 207	82 498	82 457	82 944	86 207	86 096	86 664	87 323
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 189	14 555	14 177	13 947	14 188	14 555	14 318	14 553	15 014
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	13 909	14 355	13 858	13 673	13 850	14 355	14 017	14 283	14 738
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	280	200	319	274	338	200	301	270	276
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 135	7 034	6 965	6 976	7 028	7 034	6 819	6 872	6 793
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	6 235	5 962	6 053	6 078	6 109	5 962	5 875	5 814	5 826
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	900	1 072	912	899	919	1 072	944	1 058	967
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	61 119	64 618	61 355	61 534	61 727	64 618	64 959	65 240	65 515
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	50 266	53 599	50 400	50 478	50 814	53 599	53 959	54 182	54 476
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 853	11 019	10 956	11 057	10 913	11 019	10 999	11 058	11 039
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	79 944	84 034	79 565	80 067	79 095	84 034	83 288	83 562	82 776
* Sichteinlagen	Mill. DM	11 013	12 306	10 560	11 103	10 290	12 306	11 650	11 770	11 347
* Termineinlagen	Mill. DM	28 315	29 897	28 244	28 112	28 016	29 897	30 206	30 547	30 585
* Spareinlagen	Mill. DM	40 617	41 830	40 761	40 852	40 789	41 830	41 431	41 245	40 844
* Gutschriften auf Sparkonten <sup>2)</sup>	Mill. DM	1 847	1 907	2 553	1 852	1 783	3 479	2 724	1 712	1 973
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 657	1 807	2 432	1 761	1 846	2 229	3 223	1 898	2 375
<b>Steuern</b>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten</b>										
* Gemeinschaftsteuern	1000 DM	1 455 533	1 558 229	1 456 576	1 564 215	1 605 775	2 557 959	1 375 566	1 771 367	1 994 751
* Steuern vom Einkommen	1000 DM	1 013 291	1 089 944	947 692	1 036 905	1 246 297	2 078 418	855 448	1 099 451	1 595 136
* Lohnsteuer	1000 DM	710 348	746 794	852 537	1 012 934	472 528	925 340	880 558	1 060 955	526 229
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1000 DM	128 269	134 523	—	489 536	—	—	—	484 016	—
* Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	123 070	129 926	59 987	— 9 668	405 418	505 225	— 53 480	— 5 815	412 649
* Kapitalertragsteuer	1000 DM	29 130	32 090	36 052	9 341	7 339	13 233	28 061	27 795	29 726
* Körperschaftsteuer	1000 DM	150 743	181 133	— 884	24 298	361 012	634 620	309	16 516	626 532
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1000 DM	33 271	18 086	—	35 515	—	—	—	— 11 342	—
* Steuern vom Umsatz	1000 DM	442 243	468 286	508 884	527 310	359 478	479 541	520 118	671 916	399 615
* Umsatzsteuer	1000 DM	296 547	309 055	366 252	388 106	219 619	285 228	368 892	481 787	222 726
* Einfuhrumsatzsteuer	1000 DM	145 696	159 230	142 632	139 204	139 859	194 313	151 226	190 129	176 889
* Zölle	1000 DM	10 971	14 478	10 962	10 981	11 608	18 639	15 452	15 889	18 001
* Bundessteuern	1000 DM	121 027	121 581	42 162	148 124	149 259	228 232	40 198	157 708	124 536
Kapitalverkehrssteuern	1000 DM	1 874	2 148	844	1 222	4 797	1 868	1 955	3 992	2 002
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1000 DM	117 493	117 713	39 647	144 869	143 124	224 571	36 610	150 949	120 700
* Landessteuern	1000 DM	86 069	90 906	78 519	117 022	87 231	73 201	92 959	136 015	89 272
* Vermögensteuer	1000 DM	17 520	19 127	4 622	46 917	6 654	2 851	19 144	63 710	6 145
* Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	43 680	43 393	40 891	40 194	53 281	32 526	46 126	43 842	53 105
* Biersteuer	1000 DM	6 164	6 274	6 969	4 647	5 388	6 026	6 691	4 998	4 651

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften sowie Postgiro- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. — 2) Einschl. Zinsgutschriften.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988					1989		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
* Gemeindesteuern <sup>1)</sup>	1000 DM	504 330	589 142	-	-	530 461	621 357	-	-	-
* Grundsteuer A	1000 DM	8 139	8 397	-	-	6 970	7 426	-	-	-
* Grundsteuer B	1000 DM	93 871	101 503	-	-	88 671	93 566	-	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1000 DM	353 821	426 612	-	-	382 169	473 226	-	-	-
Grunderwerbsteuer	1000 DM	35 193	37 787	-	-	39 688	34 814	-	-	-
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften <sup>2)</sup></b>										
* Steuereinnahmen des Bundes	1000 DM	861 611	915 358	776 912	934 588	940 244	1503 418	745 521	1066 986	1111 498
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1000 DM	444 139	479 218	405 407	443 207	557 304	931 918	365 693	470 589	727 153
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1000 DM	287 463	304 391	330 781	342 756	233 666	311 707	338 082	436 750	259 754
* Steuereinnahmen des Landes	1000 DM	746 669	795 417	750 218	804 200	833 211	1161 085	707 636	874 564	948 652
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1000 DM	441 524	475 410	404 529	441 910	554 964	930 215	364 295	468 375	723 690
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1000 DM	210 094	218 933	268 608	244 767	191 001	126 108	248 834	268 235	135 635
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>1)</sup>	1000 DM	826 186	920 341	-	-	893 673	999 168	-	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>3)</sup>	1000 DM	300 720	363 370	-	-	325 701	403 018	-	-	-
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1000 DM	374 957	394 439	-	-	419 680	448 019	-	-	-
<b>Preise</b>										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	121,0	122,4	121,5	121,8	121,9	123,3	124,6	125,0	125,2
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	117,0	117,2	116,6	117,1	116,9	117,7	118,3	118,9	118,9
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk <sup>4)</sup>	1980 = 100	118,6	121,2	-	119,7	-	-	-	123,4	-
<b>Löhne und Gehälter</b>										
<b>Arbeiter</b>										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	17,48	18,24	17,81	-	-	-	18,41	-	-
* Männliche Arbeiter	DM	18,34	19,14	18,74	-	-	-	19,34	-	-
* Facharbeiter	DM	19,27	20,13	19,67	-	-	-	20,33	-	-
Angelernte Arbeiter	DM	17,58	18,30	17,97	-	-	-	18,54	-	-
Hilfsarbeiter	DM	15,55	16,37	15,83	-	-	-	16,78	-	-
* Weibliche Arbeiter	DM	12,95	13,40	13,12	-	-	-	13,61	-	-
* Hilfsarbeiter	DM	12,72	13,30	12,96	-	-	-	13,53	-	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,6	40,7	40,5	-	-	-	40,0	-	-
Männliche Arbeiter	Std.	40,9	41,1	40,7	-	-	-	40,2	-	-
Weibliche Arbeiter	Std.	39,0	39,0	39,2	-	-	-	38,8	-	-
<b>Angestellte</b>										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 368	4 562	4 456	-	-	-	4 658	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	3 907	4 091	3 992	-	-	-	4 189	-	-
* männlich	DM	4 651	4 873	4 757	-	-	-	5 019	-	-
* weiblich	DM	3 053	3 190	3 108	-	-	-	3 245	-	-
Technische Angestellte	DM	4 772	4 964	4 860	-	-	-	5 051	-	-
* männlich	DM	4 883	5 080	4 972	-	-	-	5 167	-	-
* weiblich	DM	3 399	3 577	3 483	-	-	-	3 657	-	-
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 008	3 090	3 037	-	-	-	3 190	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	2 997	3 076	3 020	-	-	-	3 180	-	-
* männlich	DM	3 596	3 691	3 627	-	-	-	3 776	-	-
* weiblich	DM	2 487	2 557	2 512	-	-	-	2 654	-	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Ohne Baunebenleistungen.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987		1988				1989	
		Monatsdurchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
Bevölkerung am Monatsende	1000	61 066	61 185 <sup>p</sup>	61 242 <sup>p</sup>	...	...	...	...	...	...
Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	31 001	31 880	32 069	11 818 <sup>p</sup>	15 600 <sup>p</sup>	22 575 <sup>p</sup>	35 266 <sup>p</sup>	11 709 <sup>p</sup>	...
Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	52 164	53 501	51 685	52 477 <sup>p</sup>	53 812 <sup>p</sup>	53 579 <sup>p</sup>	55 519 <sup>p</sup>	53 559 <sup>p</sup>	...
Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 491	57 285	61 502	56 219 <sup>p</sup>	56 759 <sup>p</sup>	58 739 <sup>p</sup>	61 867 <sup>p</sup>	61 980 <sup>p</sup>	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 6 327	- 3 784	- 9 817	- 3 742 <sup>p</sup>	- 2 947 <sup>p</sup>	- 5 160 <sup>p</sup>	- 6 348 <sup>p</sup>	- 8 421 <sup>p</sup>	...
Arbeitslose	1000	2 228	2 229	2 308	2 519	2 517	2 091	2 190	2 335	2 305
Männer	1000	1 200	1 207	1 256	1 427	1 434	1 083	1 180	1 299	1 284
Arbeitslosenquote	%	9,0	8,9	9,2	9,9	9,9	8,1	8,5	9,0	8,9
Offene Stellen	1000	154	171	148	161	174	185	179	196	216
Kurzarbeiter	1000	197	278	218	310	350	94	108	171	199
Männer	1000	164	231	174	266	298	68	86	147	174
<b>Produzierendes Gewerbe <sup>4)</sup></b>										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1985 = 100	105	103	102	97	100	115	107	104	105
ohne Baugewerbe	1985 = 100	107	102	103	98	102	114	108	105	106
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	107	102	102	96	101	114	107	103	106
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	99	99	91	99	100	109	99	105	103
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	118	105	112	93	103	118	117	103	110
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	97	103	93	103	105	113	98	107	107
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1985 = 100	105	100	97	98	94	117	98	97	94
Baugewerbe	1985 = 100	87	106	85	77	72	117	88	88	87
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe</b>										
Beschäftigte	1000	7 063	7 054	7 023	6 985	6 992	7 081	7 043	7 036	7 054
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	663	645	608	617	654	672	613	654	634
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	122 358	123 074	130 923	110 352	121 300	138 913	141 087	127 259	129 674
Auslandsumsatz	Mill. DM	36 359	36 518	40 151	32 744	37 700	42 170	44 527	39 384	41 411
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	28 814	29 549	33 587	33 649	32 450	34 237	...	...	...
Gaserzeugung	Mill. m³	2 676	2 790	2 757	3 044	2 935	2 961	3 192	3 178	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1000	1 003	985	985	914	894	990	973	917	910
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	107	103	86	72	73	111	86	85	82
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 711	8 841	12 790	5 656	5 698	11 458	12 947	6 691	6 623
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	9 668	9 121	6 506	6 644	8 016	8 760	8 067	8 039	9 376
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	9 022	8 568	5 937	6 157	7 526	7 944	7 320	7 350	8 593
Wohnfläche	1000 m²	1 583	1 450	1 107	1 094	1 281	1 479	1 399	1 371	1 617
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 517	2 536	2 092	1 846	2 043	2 608	2 461	2 033	2 087
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	18 264	15 897	12 832	12 427	13 828	16 934	16 459	15 603	18 026
<b>Handel</b>										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	100,0	104,0	135,2	93,3	92,7	118,9	139,9 <sup>p</sup>	98,0 <sup>p</sup>	...
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	100,0	102,3	99,2	88,4	90,8	98,5	101,0 <sup>p</sup>	...	...

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.



## Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987		1988				1989	
		Monatsdurchschnitt	Dezember		Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	43 864	43 918	48 480	36 281	41 867	51 179	...	...	...
EG-Länder insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. DM	22 286	23 123	24 127	20 118	23 469	27 743	...	...	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 098	3 240	3 408	2 960	3 255	3 758	...	...	...
Frankreich	Mill. DM	5 194	5 301	5 469	4 792	5 545	6 322	...	...	...
Großbritannien	Mill. DM	3 716	3 845	4 056	3 236	3 778	4 867	...	...	...
Italien	Mill. DM	3 573	3 838	3 913	3 297	3 959	4 741	...	...	...
Niederlande	Mill. DM	3 788	3 841	4 000	3 247	3 959	4 260	...	...	...
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	34 517	34 123	34 489	27 822	33 716	38 116	...	...	...
EG-Länder insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. DM	18 023	17 955	18 676	14 323	18 040	19 583	...	...	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 455	2 427	2 448	1 848	2 607	2 676	...	...	...
Frankreich	Mill. DM	3 924	3 958	4 193	3 258	4 227	4 710	...	...	...
Großbritannien	Mill. DM	2 481	2 434	2 522	1 911	2 486	2 566	...	...	...
Italien	Mill. DM	3 175	3 267	3 210	2 596	3 223	3 364	...	...	...
Niederlande	Mill. DM	3 984	3 746	3 845	3 023	3 449	3 830	...	...	...
<b>Geld und Kredit <sup>2)</sup></b> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 069 <sup>r</sup>	2 145	2 145	2 143	2 146	2 255	2 277	2 281	2 291 <sup>p</sup>
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 592 <sup>r</sup>	1 643	1 643	1 635	1 638	1 707	1 733	1 729	1 739 <sup>p</sup>
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	478 <sup>r</sup>	502	502	507	508	548	543	553	552 <sup>p</sup>
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 481 <sup>r</sup>	1 583	1 583	1 572	1 584	1 647 <sup>r</sup>	1 679	1 657	1 664 <sup>p</sup>
Spareinlagen	Mrd. DM	670 <sup>r</sup>	707	707	710	713	710	728	722	718 <sup>p</sup>
<b>Steuern</b>										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	28 196	29 448	53 596	27 953	23 417	24 768	55 071	28 102	27 227
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	18 545	19 171	41 493	16 547	11 752	13 488	42 939	16 568	14 151
Lohnsteuer	Mill. DM	12 686	13 681	23 062	14 708	11 549	13 257	23 002	15 494	12 644
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 490	2 558	10 391	433	- 211	- 419	10 864	- 256	76
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	9 262	9 900	10 985	11 370	11 628	10 993	10 922	11 522	13 047
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 882	5 615	6 195	7 316	7 587	5 912	5 774	6 909	8 080
Zölle	Mill. DM	432	459	522	436	422	527	596	481	571
Bundessteuern	Mill. DM	4 264	4 313	8 419	646	4 397	4 509	8 432	693	5 350
Versicherungsteuer	Mill. DM	215	227	140	156	804	215	139	179	1 269
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 910	3 964	8 175	395	3 502	4 177	8 233	418	3 954
<b>Preise</b>										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel <sup>3)</sup>	1980 = 100	108,4	103,9	103,4	103,7	103,8	106,1	106,9	108,3	108,7
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>3)</sup>	1980 = 100	97,2	93,9	96,3	94,6	94,1	97,7	99,1	97,9	98,8 <sup>p</sup>
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>3)</sup>	1985 = 100	97,5	95,1	95,4	95,4	95,4	97,0	97,2	98,2	98,4
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	116,8	119,2	.	.	120,2	122,9	.	.	123,9
Bauleistungen am Bauwerk <sup>4)</sup>	1980 = 100	116,2	118,6	.	.	119,7	122,3	.	.	123,4
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	104,8	105,8	.	.	106,4	107,3	.	.	107,8
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	120,7	121,0	121,3	121,5	121,8	123,0	123,3	124,6	125,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	117,6	117,0	116,2	116,6	117,1	117,4	117,7	118,3	118,9
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	120,6	122,2	122,9	123,0	123,2	124,3	124,3	124,6	124,8
Wohnungsmieten	1980 = 100	126,4	128,7	129,6	130,0	130,4	133,9	134,1	134,5	134,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	116,4	106,1	105,0	103,9	103,2	101,4	102,7	106,5	106,3
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	119,1	120,5	121,0	121,1	121,4	122,5	122,5	122,8	123,1
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	121,5	122,8	123,4	123,2	123,4	125,8	126,0	129,1	129,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	118,3	119,5	120,0	119,7	120,0	122,2	122,5	125,3	126,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	117,8	119,1	119,8	121,4	121,3	120,5	120,8	121,7	121,9
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	130,1	132,6	134,3	134,8	135,5	137,7	138,1	139,4	139,5

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986. – 2) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.



**Außenhandel mit der Sowjetunion im Jahre 1988  
um 15 % gestiegen**

Der Außenhandel der rheinland-pfälzischen Wirtschaft mit der Sowjetunion hat sich von 1987 auf 1988 um 15 % auf 575 Mill. DM ausgeweitet. Die Lieferungen waren mit 486 Mill. DM (+ 17 %) um ein Vielfaches höher als die Bezüge (89 Mill. DM + 8,2 %). Sie bestanden je zur Hälfte aus Vor- und aus Enderzeugnissen. An die Sowjetunion verkauft wurden vor allem Maschinen (146 Mill. DM), Kunststoffe (127 Mill. DM), Blech aus Eisen (39 Mill. DM), Farbstoffe, Farben, Lacke (35 Mill. DM) sowie pharmazeutische Erzeugnisse (32 Mill. DM).

Die Importe bestanden im wesentlichen aus Kraftstoffen, Schmierölen, Erdgas (38 Mill. DM), Holzmasse, Zellstoff (11 Mill. DM) und chemischen Vorerzeugnissen (7 Mill. DM). sr

**Für 201 Mill. DM Schuhe aus Italien**

Der rheinland-pfälzische Außenhandel mit Schuhen erreichte im Jahre 1988 nicht den hohen Stand des Vorjahres. Der Import, der mit 695 Mill. DM viermal so hoch wie der Export war, verminderte sich um 2,4 %. Hauptlieferant blieb Italien mit einem Warenwert von 201 Mill. DM (– 4,2 %), neben Spanien (144 Mill. DM, – 15 %), Jugoslawien (103 Mill. DM, – 11 %), Ungarn (41 Mill. DM, + 13 %), Portugal (36 Mill. DM, + 53 %) sowie Indien (29 Mill. DM, – 8,6 %).

Der Schuhexport ging von 1987 auf 1988 um 15 % auf 174 Mill. DM zurück. Wichtigste Kunden waren Österreich (36 Mill. DM, – 10 %), die Schweiz (33 Mill. DM, – 21 %), Frankreich (31 Mill. DM, – 6,1 %), die Niederlande (23 Mill. DM, – 15 %) sowie Belgien-Luxemburg (14 Mill. DM, – 9,2 %). sr

**Positive Wirtschaftsentwicklung bestätigt  
Höchstes Wachstum seit 1979**

Nach aktuellen Berechnungen hat das Bruttoinlandsprodukt, die wohl bedeutendste Maßgröße der wirtschaftlichen Leistung, in Rheinland-Pfalz im Jahr 1988 um real 3,1 % zugenommen. Nominal ergibt sich eine Steigerungsrate von 5 %. Diese Rechnungen, die auf umfangreichen statistischen Informationen, auch für das letzte Quartal, basieren, bekräftigen die bereits zu Jahresbeginn publizierte Vorausschätzung. Das wirtschaftliche Wachstum erreichte damit 1988 den höchsten Wert seit 1979. sc



---

## **kurz + aktuell**

---

### **Sieben von zehn Habilitationen an der Johannes Gutenberg - Universität**

An den wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz haben sich im Jahre 1988 insgesamt 34 Wissenschaftler/-innen habilitiert und damit die *Venia legendi* in ihrem Fachgebiet sowie das Recht erworben, die Bezeichnung Privatdozent zu führen. Im Vergleich zu 1987 wurden somit zwei Habilitationen weniger registriert. Die meisten Habilitationsverfahren (24) wurden wieder an der Johannes Gutenberg - Universität Mainz durchgeführt. Unter den Habilitierten befanden sich zwei Frauen. Acht Bewerber waren zum Zeitpunkt der Habilitation außerhalb des Hochschulbereichs tätig.

Jeweils zwölf Habilitationen wurden in den Fachbereichen Mathematik und Naturwissenschaften bzw. Humanmedizin abgelegt. Es folgen mit acht Habilitationen die Sprach- und Kulturwissenschaftler. Jeweils eine Habilitation entfiel auf die Fachbereiche Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Kunst und Kunstwissenschaft.

Das durchschnittliche Habilitationsalter betrug 39 Jahre und lag damit um fast zwei Jahre niedriger als im Vorjahr. Mehr als die Hälfte aller Habilitierten (19) befand sich in der Altersgruppe von 35 bis 40 Jahren, gut ein Viertel (neun) waren älter als 40 Jahre. Der jüngste Habilitant war 31, der älteste 52 Jahre alt. we

### **Fast 1 Mill. Übernachtungen im Januar 1989 Zunahme vor allem in den kleineren Fremdenverkehrsgemeinden**

Im Januar 1989 wurden im rheinland-pfälzischen Fremdenverkehr ein Drittel mehr Übernachtungen gezählt als im Vorjahresmonat. Mit 964 000 ist die Millionen-Grenze nur knapp verfehlt worden. Die Zahl der Gäste stieg um 37 % auf 268 000. Aus dem Ausland kamen 47 000 Besucher (+ 47 %) mit 145 000 Übernachtungen (+ 45 %).

Die stärkste Zunahme der Übernachtungen war bei den kleineren Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern zu beobachten. Dort nahmen die Übernachtungen im Januar um 59 % auf 341 000 zu. Es folgen die Großstädte, in denen mit 83 000 Übernachtungen ein Plus von 42 % zu verzeichnen war.

Im Januar wurden von den Fremdenverkehrsbetrieben (einschließlich der Privatzimmervermieter) rund 174 000 Betten (Vorjahr 169 000) angeboten, die im Durchschnitt zu 18 % ausgelastet waren. Die Heilbäder und Luftkurorte liegen mit Quoten von 27 bzw. 19 % über dem Landesdurchschnitt. Für die übrigen Gemeindegruppen errechnen sich Werte zwischen 15 und 16 %. el



### **Rückläufige Kurgastzahlen im Februar, aber mehr Gäste in Hotels und Gasthöfen**

In den rheinland-pfälzischen Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten kamen im Februar dieses Jahres 6 910 Gäste an. Das sind 6,4 % weniger als im Februar 1988. Die Zahl ihrer Übernachtungen verringerte sich um 7 % auf 186 339. Dies führte dazu, daß die Gästezahlen der Heilbäder um 1,4 % und die Übernachtungen um 3,5 % rückläufig waren.

Dagegen verlief die Entwicklung in den übrigen Fremdenverkehrsbetrieben sehr günstig. Die Gesamtzahl aller übernachtenden Besucher des Landes nahm um 5,1 % auf 261 000 zu und die ihrer Übernachtungen um 3,4 % auf 891 700. Für Gasthöfe, Pensionen und Fremdenheime wurden zweistellige Zuwachsraten errechnet. Die Hotels, die mit 133 000 Gästen und 272 000 Übernachtungen die höchsten Anteile aller Betriebsarten hatten, registrierten ein Plus von 1,8 bzw. 1,6 %. Sehr gefragt waren wieder Ferienzentren, Privatquartiere, Erholungs- und Ferienheime. sr

### **Frauen in der Landwirtschaft**

#### **Ein Drittel der Arbeitsleistung entfällt auf weibliche Arbeitskräfte**

Unter den im Jahre 1988 in den landwirtschaftlichen Betrieben von Rheinland-Pfalz tätigen 117 400 Familienarbeitskräften waren 38 % Frauen. Bei den ständigen familienfremden Arbeitskräften betrug der Frauenanteil 31 %, bei den nichtständigen sogar 60 %. Nur in den wenigsten Fällen sind Frauen ausschließlich in der Landwirtschaft beschäftigt. Zumeist obliegt ihnen auch die Führung des teilweise umfangreichen Betriebshaushaltes und die Erziehung der Kinder. Als im Betrieb vollbeschäftigt galt nur jede zehnte weibliche Familienarbeitskraft.

Ein Drittel (32 %) der gesamten Arbeitsleistung in Landwirtschaft, Wein- und Gartenbau wurde 1988 von Frauen erbracht. Als Folge der zunehmenden Mechanisierung hat sich dieser Anteil in den letzten zwanzig Jahren reduziert. Besonders hoch ist er jedoch noch bei den nichtständigen familienfremden Arbeitskräften (59 %). ob

### **Knapp 2 900 Wohnungen öffentlich gefördert**

Im Rahmen der Wohnungsbauförderung des Landes wurden im Jahre 1988 in Rheinland-Pfalz für 2 856 Wohnungen Finanzmittel bewilligt. Die Zahl der Bewilligungen lag um 259 (– 8,3 %) unter dem Ergebnis des Vorjahres.

Im ersten Förderungsweg erhielten 1 646 Haushalte (– 15 %), deren Familieneinkommen die Einkommensgrenze des Paragraphen 25 II. Wohnungsbaugesetz nicht übersteigt, Förderungsmittel aus öffentlichen Haushalten. Im zweiten Förderungsweg, bei dem die Einkommensgrenze bis zu 40 % höher liegt, wurden 1 210 (+ 2,7 %) Bewilligungen erteilt.

In Einfamilienhäusern kamen mit 1 864 Wohnungen knapp 2 % mehr Wohnungen zur Förderung als 1987. In 165 Fällen bezogen sich die Bewilligungen auf Wohnungen in Zweifamilienhäusern, 652 mal sollen Wohnungen in Mehrfamilienhäusern gefördert werden.

Die Bauherren – 78 % waren private Haushalte – hatten für die Durchführung ihrer Bauvorhaben insgesamt 806 Mill. DM zu finanzieren. Für Bauvorhaben, für die öffentliche Mittel nach dem ersten Förderungsweg bewilligt wurden, waren von den Bauherren 427 Mill. DM vorgesehen, die zu knapp 30 % aus öffentlichen Haushalten und zu 38 % vom Kapitalmarkt stammen. Eigenkapital von 126 Mill. DM deckte weitere 30 % des Finanzbedarfs.

Für Bauvorhaben, für die nach dem zweiten Förderungsweg Beihilfen zur Deckung laufender Aufwendungen gewährt wurden, mußten die Bauherren 378 Mill. DM bereitstellen. Hier stammen die Gelder zu 62 % vom Kapitalmarkt, 35 % waren Eigenkapital. hes

### **15 % mehr Wohnungen genehmigt**

Im Februar 1989 genehmigten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden rund 1 100 Bauanträge. Das sind 1,6 % weniger als im gleichen Monat des Vorjahres.

Die Baufreigaben betrafen 685 neue Wohngebäude (+ 4,9 %) und 118 neue Nichtwohngebäude (– 12,6 %). In 296 Fällen (– 10 %) wurden Baumaßnahmen an bestehenden Wohn- und Nichtwohngebäuden genehmigt.

Insgesamt sollen 1 154 neue Wohnungen (+ 15,4 %) entstehen, für die von den Bauherren reine Baukosten in Höhe von rund 231 Mill. DM eingeplant wurden. Auf private Haushalte als Bauherren entfiel dabei ein Anteil von 741 Wohnungen (64 %) mit einem kalkulierten Baukostenvolumen von 173 Mill. DM.

Bei den Neubauprojekten im Wohnbau handelt es sich um 543 Einfamilienhäuser (+ 2,8 %), 94 Zweifamilienhäuser (+ 11,9 %), 46 Mehrfamilienhäuser (+ 12,1 %) sowie zwei geplante Wohnheime. Insgesamt ist die Schaffung von 5 483 neuen Wohnräumen mit einer Wohnfläche von rund 117 000 m<sup>2</sup> vorgesehen. hes



---

## **kurz + aktuell**

---

### **Stabile Konjunktur im Nichtwohnbau**

Die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden genehmigten im vergangenen Jahr 1 968 Nichtwohngebäude. Das entsprechende Vorjaheresergebnis von 1 919 Baugenehmigungen im Nichtwohnbau wurde damit um 2,6 % übertroffen. Es wurden dabei rund 8,7 Mill. m<sup>3</sup> Rauminhalt und eine Nutzfläche von 1,5 Mill. m<sup>2</sup> eingeplant. Die veranschlagten reinen Baukosten lagen bei rund 1,6 Mrd. DM. Zusätzlich wurden an bestehenden Wirtschafts- und Öffentlichkeitsbauten 1 335 Baumaßnahmen mit einer geplanten Nutzflächenvergrößerung von 276 500 m<sup>2</sup> genehmigt, für die von den Bauherren 530 Mill. DM zu finanzieren waren. Das geplante Gesamtinvestitionsvolumen im Nichtwohnbau lag 1988 bei rund 2,1 Mrd. DM. hes

Mehr über dieses Thema auf Seite 119

### **Immer noch hohe Scheidungsraten**

**1 300 Ehescheidungen nach mehr als 20jähriger Ehe**

**Drei nach der Goldenen Hochzeit**

**Pirmasens und Kaiserslautern mit der höchsten Scheidungshäufigkeit, Bernkastel-Wittlich und Bitburg-Prüm mit der geringsten**

Im Jahre 1988 wurden in Rheinland-Pfalz 7 463 Ehen rechtskräftig geschieden. Gegenüber dem Vorjahr (7 516) hat sich die Zahl der Scheidungen leicht verringert. Auf 10 000 Einwohner kommen 20,5 geschiedene Ehen.

Überwiegend wurden die Scheidungsverfahren (52 %) von der Frau beantragt. In 31 % der Fälle ging das Scheidungsbegehren vom Mann aus, während 1 315 Verfahren von beiden Partnern beantragt wurden.

Die relativ meisten Ehen (548 oder 7 %) wurden nach einer Dauer von fünf Jahren geschieden. 1987 hatte die höchste Scheidungsquote noch bei den vier Jahre zuvor geschlossenen Ehen gelegen. 1 300 (17,5 %) Paare ließen sich nach mehr als 20 Jahren scheiden, drei von ihnen hatten bereits die Goldene Hochzeit gefeiert.

44 % der Männer waren zum Zeitpunkt der Scheidung jünger als 35 Jahre. Bei den Frauen lag dieser Anteil bei 57 %.

Die Scheidungshäufigkeit ist regional sehr unterschiedlich. Die kreisfreien Städte wiesen die höchsten Scheidungsquoten auf. Mit 34 bzw. 32 Scheidungen je 10 000 Einwohner liegen die Städte Pirmasens und Kaiserslautern an der Spitze. Die niedrigsten Quoten errechnen sich für die Landkreise Trier-Saarburg (10) und Bernkastel-Wittlich (12). sch

### **Themen der letzten Hefte**

#### **Heft 11 / November 1988**

Zur Weiterentwicklung des Landesinformationssystems  
Verbraucherpreise für Kraftstoffe und Heizöl 1986 bis 1988

Entwicklungen im Straßenverkehr  
Gastronomie in ländlichen Gebieten  
Außenhandel mit den ASEAN-Staaten

#### **Heft 12 / Dezember 1988**

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft am Jahresende 1988

Bruttomonatsverdienste in Industrie und Handel im Juli 1988

Bevölkerung am 25. Mai 1987

Gebäude und Wohnungen am 25. Mai 1987

#### **Heft 1 / Januar 1989**

Erwerbstätige in den Wirtschaftsbereichen 1987

Strukturwandel in der Wirtschaft

Auszubildende 1987

Adoptionen 1977 bis 1987

#### **Heft 2 / Februar 1989**

Das Günther-Paradoxon

Schulabgänger mit Abitur oder Fachhochschulreife und Studienanfänger 1979 bis 1987

Arbeitsproduktivität in der Industrie 1980 bis 1987

Langfristige Entwicklung des Dienstleistungssektors

Grundausbildung zum Anwendungsprogrammierer im Statistischen Landesamt

#### **Heft 3 / März 1989**

Das neue Gesetz über Agrarstatistiken

Zur Hofnachfolge in der Landwirtschaft

Regionale Wirtschaftsstruktur 1970 und 1987

Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf 1970 und 1987

Fremdenverkehr in Heilbädern 1980 bis 1988

#### **Heft 4 / April 1989**

Außenhandel mit den EG-Mitgliedsländern 1958 bis 1988

Stromerzeugung der Industrie 1980 bis 1987

Bauhauptgewerbe 1988

Viehbestand 1988

Fleischverbrauch und Fleischpreise 1950 bis 1987

PC-Einsatz im Statistischen Landesamt



### Zeichenerklärungen

- |  |                        |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden   | D = Durchschnitt       |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe  |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich   | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an   | s = geschätzte Angabe  |
| ( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist   |                        |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.